



Unternehmen fürchten Stagflation

DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2023

 **GemeinsamWirtschaftStärken**



Deutsche
Industrie- und Handelskammer



Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen.....	3
Geschäftserwartungen der Unternehmen.....	6
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen.....	9
Geschäftsrisiken der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	12
Exportenerwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate.....	17
Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	20
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate.....	23
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	26

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Herausgeber und Copyright

© Deutsche Industrie- und Handelskammer

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Benjamin Baykal, Carolin Herweg, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

Stand: Februar 2023

Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter www.dihk.de/konjunktur

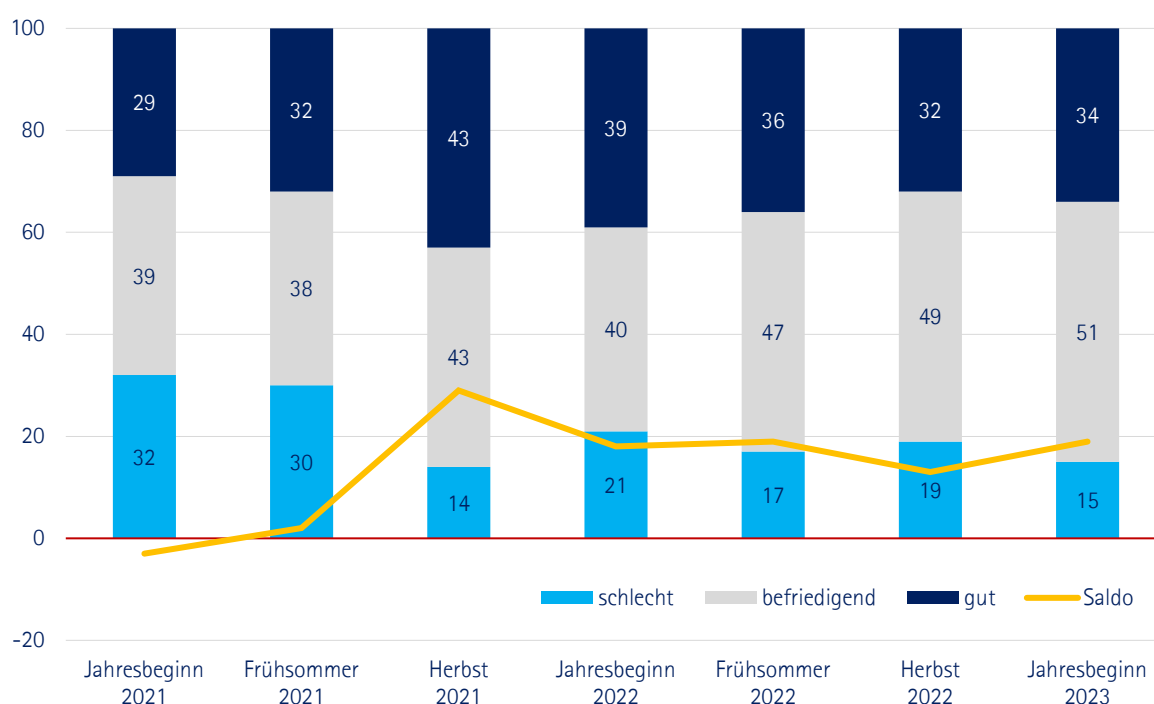
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Die deutsche Wirtschaft ist 2022 besser durch die Krise gekommen, als es die historisch schlechten Unternehmenserwartungen noch im Herbst befürchten ließen. Dazu haben sicherlich die Ende September angekündigten und dann schrittweise verwirklichten Flankierungsprogramme der Politik beigetragen. Dennoch bleibt die aktuelle Lage angespannt: Hohe Energiepreise, Inflation und ein weltweit merklich gebremstes Wachstum belasten weiterhin viele Unternehmen. Hinzu kommen langfristige Herausforderungen wie Struktur- und Klimawandel, Demografie und Digitalisierung.

Angesichts des bisher weniger schweren Verlaufs der Krise und den staatlichen Stützungsmaßnahmen stabilisieren sich die Lage-Einschätzungen. Über alle Branchen hinweg bewertet gut ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) seine Geschäftslage zu Jahresbeginn als „gut“. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als in der Vorumfrage im Herbst. Hingegen sinkt der Anteil der Unternehmen, die von einer schlechten Geschäftslage berichten, leicht auf 15 Prozent (zuvor 19 Prozent). Der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen verbessert sich damit im Vergleich zum Herbst um sechs auf 19 Punkte und liegt damit nur noch geringfügig unter dem langjährigen Schnitt (21 Punkte).

Ein Blick in die Sektoren zeigt, dass sich die Lageeinschätzung überall leicht verbessert hat. Dazu haben die Preisbremsen sowie die zuletzt rückläufigen Erzeugerpreise, aber auch abnehmende Materialengpässe beigetragen. Darüber hinaus ist auch der Rückgang des privaten Konsums zu Ende des vergangenen Jahres deutlich geringer ausgefallen, als erwartet.

Geschäftslage der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



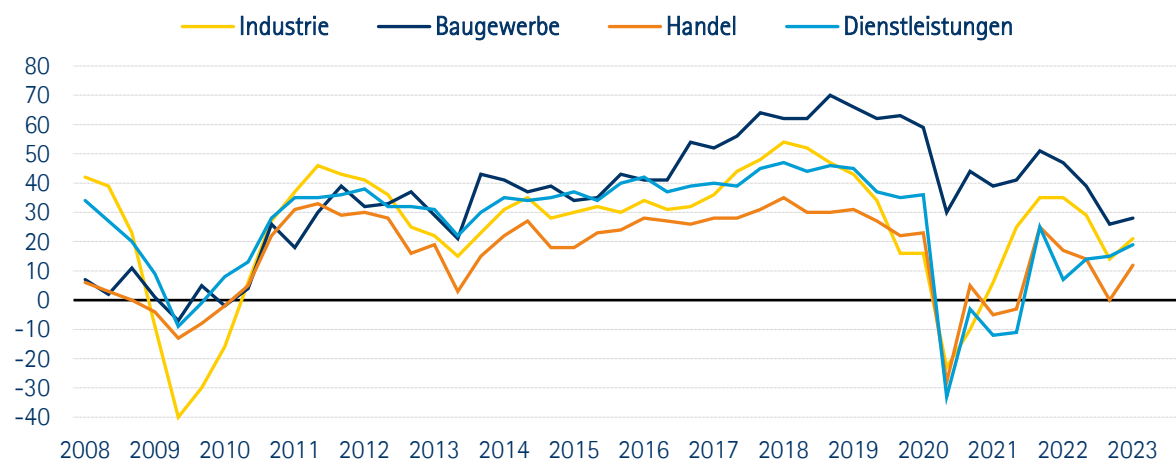
Besonders die **Industrieunternehmen** können von einer einsetzenden Entspannung im internationalen Lieferverkehr profitieren und ihre Aufträge besser abarbeiten. Trotz abkühlender Weltkonjunktur und rückläufiger Auftragseingänge sind die Orderbücher der Unternehmen immer noch gefüllt. Das hilft aktuell noch, die nachlassende Nachfrage nach Industriegütern abzufedern. Die Unsicherheiten bei den Preisen für Strom- und Gas konnten durch die Preisbremsen gesenkt werden. Gleichwohl liegen die Energiepreise immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Insgesamt berichten daher über ein Drittel (36 Prozent) der Industriebetriebe von guten Geschäften, das sind drei Prozentpunkte mehr als noch im Herbst. Hingegen ist der Anteil der Unternehmen mit schlechter Geschäftslage von 19 Prozent auf 15 Prozent gesunken. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen hat sich damit um sieben auf 21 Punkte leicht verbessert und liegt nur geringfügig unter dem langjährigen Schnitt von 23 Punkten.

Die **Vorleistungsgüterproduzenten** gehören mit zu den energieintensivsten Branchen und spüren die hohen Kosten für Gas und Strom besonders deutlich. Zwar ist auch nach der Einführung der Gas- und Strompreisbremse die Belastung für diese Unternehmen hoch. Allerdings ist der Trend von monatlich steigenden Energiepreisen durchbrochen. Zudem war es den Vorleistern möglich, zumindest einen Teil der Mehrkosten an ihre Kunden weiterzugeben. Daher hat sich die Bewertung der Geschäftslage wieder etwas gebessert. Der Saldo aus positiven und negativen Lageeinschätzungen ist im Vergleich zum Herbst um vier auf 15 Punkte gestiegen. Besonders überdurchschnittlich fällt dabei die Lageverbesserung in der Metallerzeugung und -bearbeitung aus (Saldo von 20 nach zuvor 13 Punkten). Im Gegensatz dazu hat sich die Lage im ebenfalls energieintensiven Papiergewerbe nochmals geringfügig verschlechtert (Saldo von minus fünf nach zuvor minus sechs Punkten). Bei den Unternehmen in der Chemischen Industrie berichten ein Viertel von einer guten (25 Prozent nach zuvor 21 Punkten) und knapp ein Viertel (24 Prozent nach zuvor 28 Prozent) von einer schlechten Lage, der Saldo ist damit nahezu ausgeglichen und liegt lediglich bei einem Punkt (nach zuvor minus sieben Punkten).

Der Aufwärtstrend in der Industrie zeigt sich ebenfalls bei den **Herstellern von Ge- und Verbrauchsgütern**. Auch hier ist die Aufhellung der Lage überwiegend auf einen Rückgang der Zahl der Unternehmen zurückzuführen, die von einer schlechten Geschäftslage berichten (19 Prozent nach zuvor 24 Prozent). Der Anteil der Unternehmen mit einer guten Geschäftslage steigt hingegen nur leicht von 24 Prozent auf 27 Prozent. Der Saldo erhöht sich folglich von null auf acht Punkte und liegt damit aber deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 15 Punkten.

Von der einsetzenden Entspannung bei den Material- und Lieferengpässen profitieren insbesondere die **Investitionsgüterhersteller**. Trotz rückläufiger Auftragseingänge sind dort die Auftragsbestände nach wie vor hoch. Die Unternehmen können nun ihre Bestellungen abarbeiten. 44 Prozent der Investitionsgüterproduzenten melden eine gute Geschäftslage (nach zuvor 39 Prozent). Nur noch elf Prozent bewerten ihre Lage negativ (nach zuvor 16 Prozent). Der Saldo der Geschäftslage steigt damit um zehn auf 33 Punkte. Überdurchschnittlich positiv bewerten dabei die Unternehmen der Elektrotechnik ihre aktuelle Situation: Knapp die Hälfte (49 Prozent nach zuvor 42 Prozent) berichten von einer guten Geschäftslage, lediglich elf Prozent (nach zuvor 14 Prozent) von einer schlechten (Saldo von 38 nach zuvor 28 Punkten). Bei den Kraftfahrzeugbauern nimmt hingegen sowohl der Anteil der Betriebe mit guter Lagebewertung ab (31 Prozent nach zuvor 32 Prozent) als auch der Anteil mit schlechter Lage (13 Prozent nach zuvor 20 Prozent). Der Saldo steigt um sechs auf 18 Punkte.

Geschäftslage der Unternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus gut- und schlecht-Bewertungen

Trotz hoher Baupreise, steigender Bauzinsen und wegbrechender Neuaufträge ist die aktuelle Geschäftslage im **Baugewerbe** noch gut. Dazu trägt eine bisher relativ milde Witterung, abnehmende Materialengpässe, aber auch ein noch vergleichsweise hoher Auftragsbestand bei. 40 Prozent der Baubetriebe berichten von guten Geschäften. Das sind drei Prozentpunkte mehr als in der Vorumfrage. Der Anteil der Bauunternehmen mit einer negativen Lage ist minimal um einen Prozentpunkt auf zwölf Prozent gestiegen. Der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen steigt damit leicht von 26 auf 28 Punkte. Im Vergleich der Sektoren ist das der positivste Wert. Allerdings ist das weit vom Vorkrisenniveau entfernt, das teils auf Salden von deutlich über 60 Punkten lag. Auch während der Pandemie 2020 und 2021 war

die Lage im Baugewerbe noch besser als aktuell. Dabei fällt die Lagebewertung im Hochbau (Saldo von 21 nach zuvor 19 Punkten) und Tiefbau (Saldo von 22 nach zuvor 22 Punkten) etwa gleich aus. Deutlich besser ist die Geschäftslage im Ausbaugewerbe. Die hohen Energiepreise sorgen derzeit auch für eine hohe Nachfrage seitens der Unternehmen, aber auch der privaten Haushalte nach energetischer Sanierung und Umrüstung. Trotz steigender Kosten und Engpässen bei Material schätzt fast die Hälfte (47 Prozent nach zuvor 46 Prozent) der Betriebe im Ausbaugewerbe ihre Lage als gut ein, nur bei gleichbleibend neun Prozent laufen die Geschäfte schlecht. Entsprechend steigt der Saldo aus positiven und negativen Lagebewertungen um einen auf 38 Punkte.

Abnehmende Lieferengpässe und ein Nachlassen der Steigerungen bei Energie- und Erzeugerpreisen schlagen sich auch in einer Verbesserung der Geschäftslage im **Handel** nieder. Knapp ein Drittel der Händler (30 Prozent nach zuvor 25 Prozent) kommt zu einer guten Lageeinschätzung, 18 Prozent berichten von einer schlechten Lage (zuvor 25 Prozent). Der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen verbessert sich somit von null auf zwölf Punkte. Das liegt sogar über dem langjährigen Schnitt (elf Punkte). Dabei gelangen Großhändler (Saldo von 19 nach zuvor sieben Punkten) zu einer deutlich besseren Lagebewertung als Einzelhändler (Saldo von fünf nach zuvor minus sechs Punkten).

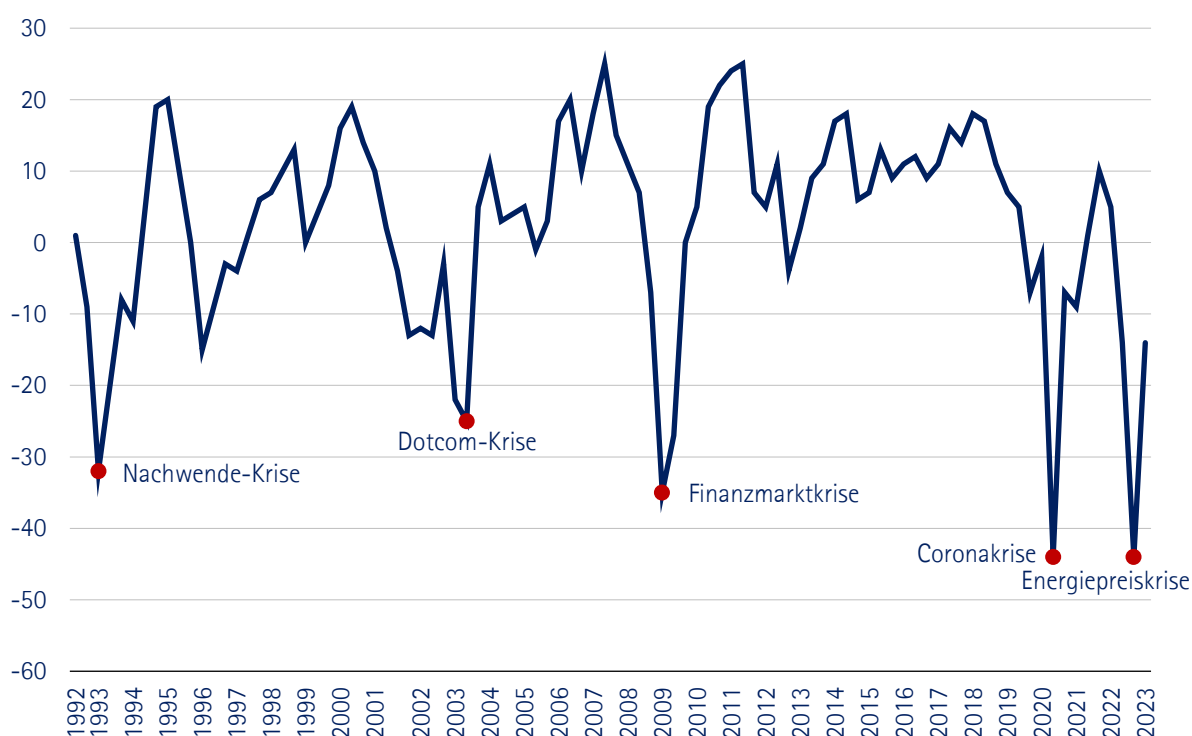
Auch im **Dienstleistungssektor** ist eine weitere Aufhellung der Geschäftslage erkennbar. Insbesondere unternehmensnahe Dienstleister profitieren von einer Stabilisierung der Geschäftslage in der Industrie. Insgesamt berichten zu Jahresbeginn über ein Drittel (34 Prozent nach zuvor 33 Prozent) der Unternehmen im Dienstleistungssektor von einer guten Geschäftslage. 15 Prozent (nach zuvor 18 Prozent) melden eine schlechte Lage. Der Saldo aus guten und schlechten Bewertungen steigt leicht um vier auf 19 Punkte – leicht unter dem langjährigen Schnitt (23 Punkte). Überdurchschnittlich schneiden die überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleister ab. Ihre Lageeinschätzung verbessert sich im Saldo um acht auf 33 Punkte. Im Gastgewerbe trübt sich hingegen die Lage ein. Hoher Kostendruck bei Lebensmittelpreisen und Arbeitskosten, zuletzt rückläufige Umsätze und Personalnot belasten das Geschäft von Gastronomen und Hoteliers: Im Gastgewerbe sinkt der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen von 18 Punkten im Herbst auf nur noch drei Punkte. Nahezu unverändert bleibt die Lage bei Unternehmen im Bereich Verkehr und Logistik. Zwar nehmen Lieferkettenstörungen nach und nach ab. Die Branche leidet aber weiterhin an den hohen Kraftstoffpreisen und Personalengpässen (Saldo Geschäftslage von sieben nach zuvor acht Punkten).

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Der Blick auf die nächsten Monate ist zu Jahresbeginn deutlich weniger pessimistisch als noch im Herbst 2022, als die Stimmung der Unternehmen in Deutschland aufgrund von dramatischen Preissteigerungen und der Furcht vor Energieengpässen auf einem Tiefpunkt angelangt war. Zwischenzeitlich sind die Energiepreissteigerungen gestoppt und ist mit den Strom-, Gas- und Wärmepreisbremsen auch wieder mehr Planungssicherheit bei den Unternehmen eingeleitet. Zudem hat der Binnenkonsum trotz Rekordinflation keine übermäßigen Einbrüche erlebt. Dennoch besteht für die Unternehmen kein Grund zu einem überschwänglichen Optimismus, denn eine trübe Weltkonjunktur, hohe Preisniveaus und weiterhin bestehende konjunkturelle und strukturelle Risiken begleiten die Unternehmen auch in diesem Jahr.

Bei den Geschäftsaussichten überwiegen weiterhin die Pessimisten die Optimisten deutlich. Statt der Hälfte geht noch knapp ein Drittel der Unternehmen (30 Prozent nach zuvor 52 Prozent) davon aus, dass sich ihr Geschäft in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern wird. 16 Prozent (nach zuvor acht Prozent) rechnen mit besseren Geschäften in diesem Jahr. Im Saldo steigen die Geschäftserwartungen damit kräftig um 30 Punkte auf minus 14 Punkte. Das ist immer noch sehr deutlich im negativen Bereich und weit unter dem langjährigen Schnitt von fünf Punkten. In der Industrie und bei den Dienstleistern sind dabei die Aussichten deutlich weniger trübe als im Handel und im Baugewerbe.

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Saldo in Punkten



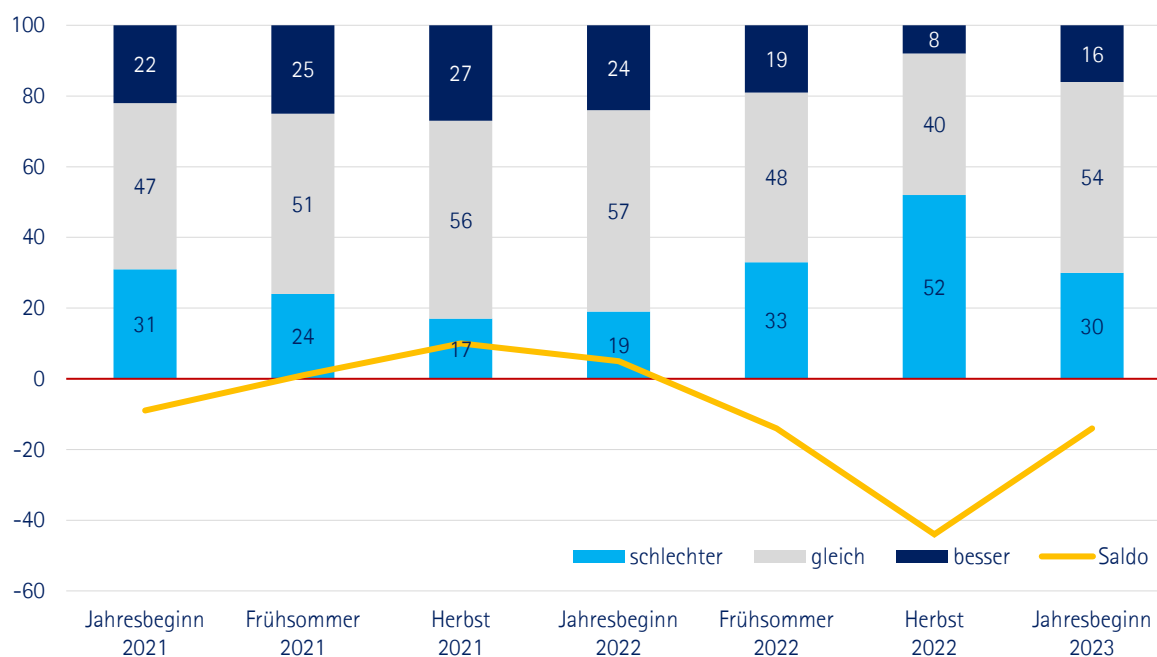
Mit der Entspannung der Lieferengpässe rechnet die **Industrie** wieder mit besseren Geschäften. Zudem ist es den Industrieunternehmen mehrheitlich gelungen, die gestiegenen Kosten für Energie und Vorleistungen zumindest teilweise an ihre Kunden weiterzugeben. Trotz rückläufiger Nachfrage verfügen die Unternehmen noch über ein Auftragspolster. Eine zunehmende Belastung wird jedoch für die Industrie der Fachkräftemangel, der mittlerweile von 61 Prozent der Betriebe als Geschäftsrisiko genannt wird (Höchstwert). Insgesamt nimmt aber die Zahl der Pessimisten ab. Nur noch drei von zehn Unternehmen (29 Prozent nach zuvor 54 Prozent) hat negative Aussichten. Der Anteil der Industrieunternehmen mit positiven Erwartungen hat sich hingegen von acht auf 17 Prozent mehr als verdoppelt. Der Saldo steigt damit um 34 auf minus 12 Punkte.

Besonders die Hersteller von **Investitionsgütern** sind mit ihren Erwartungen fast schon wieder im positiven Bereich. Sie hoffen, ihren Auftragsstau im Jahresverlauf endlich abarbeiten zu können. Ein Fünftel der Investitionsgüterproduzenten geht von einer Lageverbesserung aus (21 Prozent nach zuvor zwölf Prozent), 22 Prozent (nach zuvor 46 Prozent)

rechnet mit einer Verschlechterung. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt kräftig um 33 auf minus einen Punkt. Dabei sticht besonders der Kraftfahrzeugbau heraus, der Saldo der Geschäftserwartungen steigt hier sogar um 47 auf sieben Punkte und dreht damit in den positiven Bereich. Deutliche Zuwächse bei den Erwartungen sind auch in der Elektrotechnik (Saldo von zwei nach zuvor minus 27 Punkten) und im Maschinenbau (Saldo von minus einem Punkt nach zuvor minus 34 Punkten) zu beobachten.

Das Extremszenario einer Gasmangellage konnte in diesem Winter vermieden werden. Auch daher liegen die Geschäftserwartungen der häufig energieintensiven **Vorleistungsgüterhersteller** deutlich höher als noch im Herbst 2022. Allerdings übertreffen die langfristigen Strom- und Gaspreise das Vorpandemie-Niveau um das drei- bzw. fünffache. Deswegen blicken die Vorleistungsgüterhersteller immer noch überwiegend pessimistisch in die Zukunft. Ein Drittel der Unternehmen (33 Prozent nach zuvor 59 Prozent) rechnet in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung der Geschäftslage, nur 15 Prozent (nach zuvor sieben Prozent) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt um 34 auf minus 18 Punkte. Überdurchschnittlich schneiden dabei die Unternehmen der Metallerzeugung und -verarbeitung ab. Der Saldo steigt um 42 auf minus elf Punkte. In der Chemischen Industrie steigt der Saldo von minus 53 auf minus 14 Punkte. Weiterhin sehr düstere Aussichten haben die Unternehmen aus dem Bereich Glas, Keramik, Steineverarbeitung (Saldo von minus 37 nach zuvor minus 65 Punkte).

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



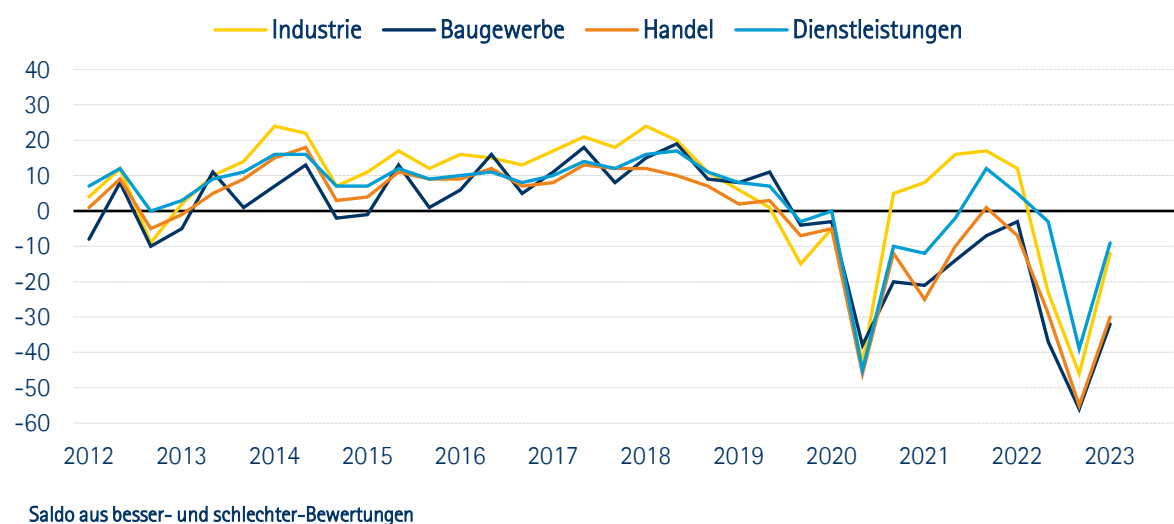
Auch bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** haben sich die Erwartungen im Vergleich zum Rekordtiefstand im Herbst 2022 etwas erholt. Gut ein Drittel der Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (32 Prozent nach zuvor 55 Prozent) blickt pessimistisch in die Zukunft, nur 15 Prozent (nach zuvor acht Prozent) geht von einer Verbesserung des Geschäfts in den kommenden zwölf Monaten aus. Damit steigt der Saldo der Geschäftserwartungen von minus 47 auf minus 17 Punkte. Positiv heraus sticht dabei die Pharmazeutische Industrie, hier sind die Geschäftserwartungen ausgeglichen (Saldo von null nach zuvor minus 33 Punkten). Unterdurchschnittlich sind hingegen die Aussichten im **Druckgewerbe** (Saldo von minus 23 nach zuvor minus 47 Punkte).

Während sich das **Baugewerbe** auch in den Pandemie Jahren über eine vergleichsweise gute Geschäftslage freuen konnte, droht nun das Ende einer langanhaltenden guten Baukonjunktur. Steigende Bauzinsen, steigende Baupreise und eine rückläufige Auftragslage sorgen für Pessimismus bei den Baubetrieben. Auch wenn sich im Baugewerbe ebenfalls die Erwartungen im Vergleich zum Tiefstand im Herbst etwas gebessert haben, geht mit sieben Prozent nur eine kleine Minderheit der Unternehmen von einer Verbesserung ihrer Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten aus (nach drei Prozent in der Vorumfrage). Fast zwei von fünf Betrieben rechnet mit einer Verschlechterung (39 Prozent nach zuvor 59 Prozent). Der Saldo der Erwartungen steigt damit von minus 56 auf minus 32 Punkte und bleibt

weit im negativen Bereich. Sorge vor rückläufigen Aufträgen im Wohnungsbau lassen insbesondere den Hochbau pessimistisch in die Zukunft blicken der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt lediglich auf minus 41 Punkte (nach zuvor minus 62 Punkte). Geringfügig weniger düster schätzen die Unternehmen im Tiefbau ihre Perspektiven ein (Saldo von minus 39 nach zuvor 58 Punkte). Die Betriebe des Ausbaugewerbes sind etwas weniger pessimistisch als Hoch- oder Tiefbau. Jedoch liegen auch hier die Geschäftserwartungen mit einem Saldo von minus 21 (nach zuvor minus 49 Punkte) deutlich unter dem langjährigen Schnitt von minus vier Punkten.

Im **Handel** erholen sich die Geschäftserwartungen nur leicht im Vergleich zum Tiefpunkt im Herbst. Zwar hat bei den Händlern der Druck von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen etwas abgenommen. Aber weiterhin fürchtet die Branche einen Nachfragerückgang aufgrund der Rekordinflation. Zudem müssen die Händler einen wachsenden Fachkräftemangel bewältigen. Nur jedes zehnte Handelsunternehmen blickt optimistisch in die Zukunft (elf Prozent nach zuvor sechs Prozent). Zwei von fünf (41 Prozent nach zuvor 61 Prozent) rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Geschäfte. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt damit lediglich von minus 55 Punkte auf minus 30 Punkte. Die Unterschiede zwischen Groß- oder Einzelhändlern sind dabei gering (Einzelhandel: Saldo von minus 30 nach zuvor minus 56 Punkte; Großhandel: Saldo von minus 27 nach zuvor minus 53 Punkte).

Geschäftserwartungen der Unternehmen – Saldo in Punkten



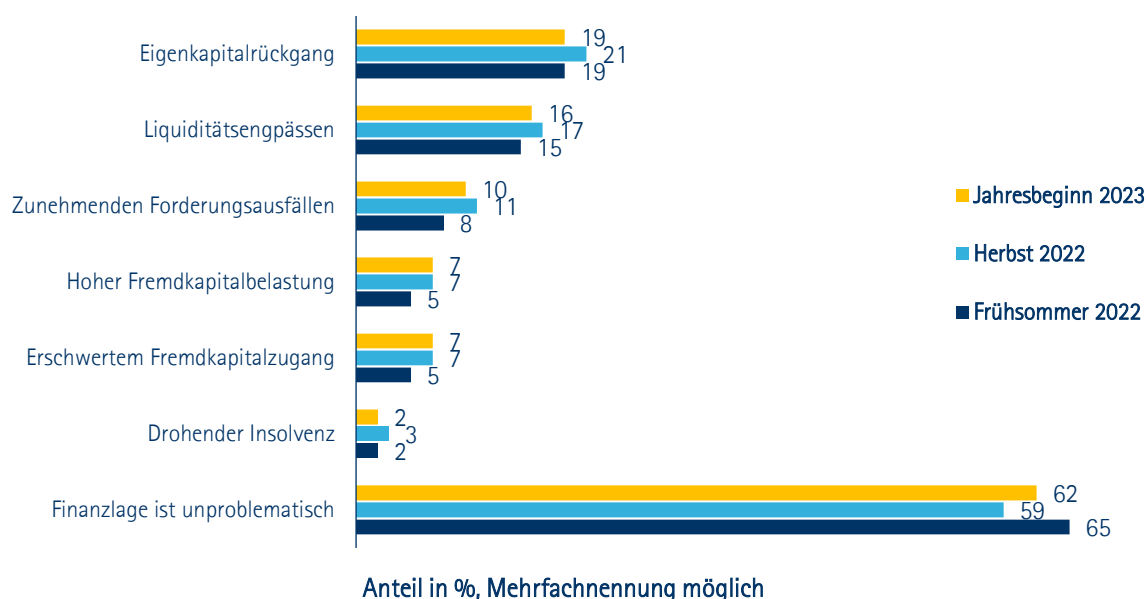
Auch im **Dienstleistungssektor** stabilisieren sich die Geschäftserwartungen in den kommenden zwölf Monaten. Der Anteil der Pessimisten geht deutlich von knapp der Hälfte (48 Prozent) im Herbst 2022 auf 27 Prozent zurück. Der Anteil der Optimisten steigt hingegen von neun Prozent auf 18 Prozent. Der Saldo steigt damit kräftig um 30 auf nunmehr minus neun Punkte. Allerdings schätzen die Unternehmen im Dienstleistungssektor ihre Aussichten sehr unterschiedlich ein. So hoffen die Finanz- und Versicherungsdienstleister angesichts von steigenden Zinsen auf deutlich bessere Geschäfte als bisher, der Saldo der Geschäftserwartungen steigt von minus 38 auf minus drei und liegt damit vergleichsweise dicht am langjährigen Durchschnitt von einem Punkt. Die Perspektiven bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistern sind überdurchschnittlich. So halten sich Optimisten und Pessimisten die Waage (Saldo von null nach zuvor minus 26 Punkten). Im Gastgewerbe schlagen hohe Arbeitskosten und Lebensmittelpreise, Personalmangel und Sorge vor ausbleibender Kundschaft auf die Stimmung. Zwar verbessern sich auch hier die Aussichten ausgehend von einem Rekordtief in der Vorumfrage. Allerdings überwiegt der Anteil der Betriebe mit negativen Erwartungen mit einem Drittel (30 Prozent nach zuvor 63 Prozent) immer noch deutlich den Anteil der Betriebe mit positiven Aussichten (17 Prozent nach zuvor fünf Prozent), sodass in Summe der Saldo bei minus 13 Punkten liegt (nach minus 58 Punkte in der Vorumfrage). Noch sorgenvoller blicken die Unternehmen der Immobilienwirtschaft in die Zukunft. Die düsteren Aussichten für den Wohnungsbau dämpfen auch die Geschäftserwartungen im Immobilienbereich. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt lediglich um 21 auf minus 23 Punkte.

Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

Die verbesserte Lageeinschätzung der Unternehmen spiegelt sich in der Bewertung der aktuellen Finanzlage wider. Knapp zwei Drittel der Gesamtheit der Unternehmen (62 Prozent) beschreiben ihre Finanzierungssituation als unproblematisch, das ist eine leichte Verbesserung gegenüber Herbst 2022 (59 Prozent). 38 Prozent der Unternehmen stehen aber weiterhin vor einer schwierigen Finanzlage (nach zuvor 41 Prozent). Das drückendste Problem ist der Eigenkapitalrückgang (19 Prozent nach zuvor 21 Prozent). Der anhaltende Preisdruck für Energie, Rohstoffe und Vorleistungsgüter sowie gestiegene Arbeitskosten, führt zu einem weiterhin hohen Anteil an Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten (16 Prozent nach zuvor 17 Prozent). Das zeigt sich dann auf der anderen Seite auch bei den Forderungsausfällen, denen sich zehn Prozent der Unternehmen gegenübersehen (elf Prozent im Herbst 2022). In Summe geht der Anteil der Unternehmen, die sich von Insolvenz bedroht sehen, von drei auf zwei Prozent zurück.

In den Ergebnissen wird deutlich, dass die Fremdkapitalfinanzierung nach Jahren eines einfachen Zugangs und vergleichsweise niedriger Zinsen wieder zu einem ernsten Thema für viele Unternehmen wird. Denn zahlreiche Unternehmen stehen, nachdem sie bereits in der Corona-Pandemie vermehrt Fremdkapital zur Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit aufnehmen mussten, nun erneut vor der Herausforderung, steigende Kosten z. B. auch mit mehr Betriebsmittelkrediten aufzufangen. Gleichzeitig benötigen sie aufgrund des Eigenkapitalrückgangs der letzten zwei Jahre vermehrt Fremdkapital für Investitionen, z. B. in die Transformation. Sie starten damit von einem höheren Verschuldungsgrad als in der Vergangenheit und bekommen gleichzeitig die verschärften Kreditvergaberichtlinien der Banken sowie steigende Zinsen zu spüren. Dementsprechend liegt der Anteil der Unternehmen, deren Fremdkapitalzugang schwieriger geworden ist, weiterhin bei sieben Prozent. Die in Summe höhere Verschuldung zusammen mit den steigenden Zinsen erhöht bei ebenfalls sieben Prozent der Unternehmen die Fremdkapitalbelastung.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...



Dabei gilt im Grundsatz: Je kleiner das Unternehmen, desto kritischer stellt sich die Finanzlage dar. Über Finanzierungsprobleme berichten 43 Prozent der kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten im Vergleich zu 28 Prozent der Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigten. Für die kleinen Unternehmen stellen vor allem der Eigenkapitalrückgang (24 Prozent) und Liquiditätsengpässe (18 Prozent) eine Herausforderung dar. Auffällig ist jedoch die Verschlechterung der Liquiditätslage in den Großunternehmen ab 1.000 Beschäftigten, die weit überwiegend in der Industrie beheimatet sind. Durch die stark gestiegenen Energiepreise berichten nunmehr 10 nach zuvor nur acht Prozent der Großunternehmen von Liquiditätsengpässen. Im Gegensatz zu den anderen Größenklassen ist daher der Anteil der Unternehmen leicht gestiegen, die sich einem erschwerten Fremdkapitalzugang (sieben nach zuvor sechs Prozent) und einer höheren Fremdkapitalbelastung (neun nach zuvor acht Prozent) gegenübersehen.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Eigenkapitalrückgang	24	16	10	9	19
Liquiditätsengpässe	18	16	11	10	16
Zunehmende Forderungsausfälle	10	10	9	9	10
Erschwerter Fremdkapitalzugang	7	7	7	7	7
Hohe Fremdkapitalbelastung	6	7	7	9	7
Drohende Insolvenz	3	2	1	2	2
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	57	64	74	72	62

Ein **Blick in die Wirtschaftszweige** zeigt, dass sich die Finanzlage in allen vier Sektoren im Vergleich zum Herbst 2022 leicht verbessert hat. Das gilt vor allem für den Handel (Verbesserung um vier Prozentpunkte), Bau (Verbesserung um drei Prozentpunkte) und die Industrie (Verbesserung um drei Prozentpunkte). Im Dienstleistungsgewerbe nimmt die Zahl der Unternehmen, die von einer problematischen Finanzlage berichten, nur geringfügig um einen Prozentpunkt ab.

Unter den überwiegend kleinen und mittelgroßen **Dienstleister** bleibt die Finanzlage weiterhin kritisch. Sie mussten mithin am längsten mit den wirtschaftlichen Einschränkungen der Corona-Pandemie zurechtkommen und konnten weniger als andere Branchen gestiegene Kosten an die Kunden weitergeben. Zudem sind sie als erste von Nachfrageverschiebungen der Verbraucher als Reaktion auf die Inflation betroffen. Nunmehr berichten 40 nach zuvor 41 Prozent der Dienstleistungsunternehmen von einer problematischen Finanzlage. Im Gegensatz zu den anderen Branchen ist dementsprechend auch der Anteil der Unternehmen, der mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen hat, nicht gesunken (gleichbleibend 16 Prozent). Außerdem bereitet die hohe Fremdkapitalbelastung (sechs Prozent) den Unternehmen Sorgen. Der Anteil der Unternehmen, die über einen Eigenkapitalrückgang berichten, ist hingegen leicht rückläufig (21 Prozent nach zuvor 23 Prozent). Drei Prozent der Dienstleister, und damit etwas mehr als in den anderen Branchen, sehen sich einer drohenden Insolvenz gegenüber.

Besonders kritisch fällt die Bewertung der eigenen Finanzlage im **Gastgewerbe** aus. Stark gestiegene Einkaufspreise für Nahrungsmittel, höhere Energie- und Arbeitskosten treffen auf Unternehmen, die immer noch mit den Belastungen aus der Corona-Krise zu kämpfen haben. Dazu kommen veränderte Verbraucherpräferenzen angesichts sinkender Real-einkommen. So berichten trotz einer saisonal bedingt umsatzstärkeren Zeit um den Jahreswechsel herum mehr Unternehmen als im Herbst 2022 von einer problematischen Finanzlage (57 nach zuvor 50 Prozent). Die Betriebe sehen sich nach einer kurzen Erholung zu Jahresbeginn 2022 nun wieder einem stärkeren Eigenkapitalrückgang (38 nach zuvor 33 Prozent) gegenüber. Gleichzeitig verschlechtert sich damit auch der Fremdkapitalzugang (neun nach sieben Prozent), und die Belastung durch Zinszahlungen bleibt bei zehn Prozent der Unternehmen ein Problem (zuvor elf Prozent). Entsprechend ist der Anteil der Unternehmen, die sich einer drohenden Insolvenz gegenübersehen, von drei auf vier Prozent gestiegen.

Die **Baubranche** bewertet trotz der immensen Kostensteigerungen bei Energie und Rohstoffen, steigenden Bauzinsen auf Seiten der Kunden und zunehmend Stornierungen von Bauprojekten ihre Finanzlage besser als im Herbst 2022 und besser als alle anderen Sektoren. Aber immer noch ein Drittel der Bauunternehmen (34 Prozent) schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein (nach zuvor 37 Prozent). Während sich alle anderen Problemlagen wie Liquiditätsengpässe (13 nach zuvor 16 Prozent), Eigenkapitalrückgang (16 nach zuvor 19 Prozent) und Forderungsausfälle (12 nach zuvor 12 Prozent) im Vergleich zum Herbst 2022 verbessern, bleibt der Anteil derjenigen, die eine hohe Fremdkapitalbelastung beklagen, konstant (5 Prozent).

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Eigenkapitalrückgang	15	16	20	21	19
Liquiditätsengpässe	17	13	16	16	16
Zunehmende Forderungsausfälle	8	11	11	10	10
Erschwerter Fremdkapitalzugang	8	6	7	7	7
Hohe Fremdkapitalbelastung	8	5	6	6	7
Drohende Insolvenz	1	1	2	3	2
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	64	66	61	60	62

Nach einer deutlichen Verschlechterung der Finanzlage in der **Industrie** durch die schnell und stark ansteigenden Energiekosten seit Sommer 2022 hat sich die Finanzlage in der Branche insgesamt leicht verbessert. Aber weiterhin berichtet über ein Drittel der Unternehmen von Problemen (36 Prozent nach zuvor 39 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen (17 Prozent nach zuvor 18 Prozent), einem Eigenkapitalrückgang (15 Prozent nach zuvor 17 Prozent) und vermehrten Forderungsausfällen (acht Prozent nach zuvor 10 Prozent), ist jeweils leicht zurückgegangen.

In der **Industrie** bleibt das Bild nach Branchen sehr unterschiedlich. Hohe Energiekosten und kräftige Preissteigerungen von Rohstoffen und Vorprodukten führen in einzelnen Industriebranchen zu mehr Belastungen als in anderen. Die Differenz zwischen teurer werdender Produktion und fehlenden oder unvollständigen Möglichkeiten, die gestiegenen Preise in der Wertschöpfungskette weiterzugeben, belastet die Bilanzen. Dazu kommen aber auch strukturelle Faktoren wie die Transformation ganzer Wertschöpfungsketten.

Diese schwierige Gemengelage trifft vor allem die Kraftfahrzeugindustrie. Ihre Finanzlage ist unverändert kritisch. Zwar hat sich die Gesamtbewertung der Unternehmen aus der Automobilindustrie etwas aufgehellt: 37 nach zuvor 43 Prozent der Unternehmen berichten von einer problematischen Finanzlage. Aber immer noch knapp ein Viertel (22 Prozent) von ihnen sieht sich Liquiditätsengpässen gegenüber. Eine angespannte Finanzlage verzeichnet weiterhin die energieintensive Industrie, wenngleich der Anteil der Unternehmen, die über Probleme bei der Finanzierung berichten, zurückgegangen ist. Das gilt für die Metallerzeugung und -bearbeitung (39 nach zuvor 46 Prozent) genauso wie für Unternehmen der Glas-, Keramik und Steineverarbeitung (31 nach zuvor 35 Prozent).

Durch die immensen Steigerungen der Preise für Energieprodukte seit Jahresmitte 2022 hatte sich die finanzielle Lage der **Energieversorger** besonders schnell und deutlich verschlechtert. Veränderte Marktpreise zum Ende des Jahres führen nun zu einer leichten Verbesserung. Aber noch immer sieht sich knapp die Hälfte der Unternehmen (49 Prozent) mit einer schwierigen Finanzlage konfrontiert. Allein 26 Prozent sehen sich bereits Forderungsausfällen ihrer Kunden gegenüber. Besonders augenfällig sind die erschwerten Fremdfinanzierungsbedingungen. Mehr als jeder Fünfte Energieversorger (21 Prozent nach zuvor 20 Prozent) hat Schwierigkeiten beim Zugang zu Bankkrediten. Die gestiegenen Einkaufspreise bei gleichzeitig stark verzögerter Weitergabe an die Kunden vor allem bis Herbst 2022, die viele Energieversorger schon mit stärkerer Verschuldung geschultert haben, lassen nun die Zinsbelastung deutlich ansteigen (15 Prozent nach zuvor acht Prozent).

Im **Handel** ist der Anteil der Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Finanzierung gegenüber dem Herbst 2022 um vier Prozentpunkte zwar auf 39 Prozent gesunken. Aber vor allem der Einzelhandel hat weiterhin mit den Folgen steigender Einkaufspreise, Kosten für Energie und Logistik, Arbeitskosten sowie veränderten Verbraucherpräferenzen aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen zu kämpfen. Ein im Vergleich zu anderen Branchen weiterhin sehr hoher Anteil von 28 Prozent der Einzelhändler berichtet von einem Eigenkapitalrückgang. Die Behebung von zahlreichen Störungen in den internationalen Lieferketten und auch die Möglichkeit, gestiegene Kosten besser an nachgelagerte Stufen weitergeben zu können, lassen die Finanzlage für Großhandel und Handelsvermittler zwar besser aussehen. Hier berichten dennoch 33 Prozent (nach zuvor 38 Prozent) von einer problematischen Finanzlage.

Geschäftsrisiken der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Der Krieg in der Ukraine, die weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreise, der Fachkräftemangel und die anhaltende Unsicherheit über die Entwicklungen der kommenden Monate dominieren die Risikobewertung der Unternehmen. Die Rückmeldungen der Betriebe geben keinerlei Anlass zur Entwarnung. Sowohl die konjunkturellen Nachfragerisiken als auch die strukturellen, angebotsseitigen Risiken erreichen weiterhin hohe Werte.

Die Preisberuhigung auf den Energiemärkten in den letzten Wochen, die hohen Füllstände in den Gasspeichern und das Ausbleiben einer Gasmangellage in diesem Winter sowie die Ankündigungen der Bundesregierung, mit Energiepreissenkungen vor allem die Kostensteigerungen abfedern zu wollen, lindern etwas den Druck bei den **Energie- und Rohstoffpreisen**. Das Risiko wird ggü. seinem Höchstwert im Herbst 2022 nun von knapp drei Viertel der Betriebe gesehen (72 Prozent nach zuvor 82 Prozent). Somit bleiben steigende Energie- und Rohstoffpreise das am höchsten bewertete Risiko.

In der Industrie insgesamt ist die Bewertung rückläufig, wenngleich die energieintensiven Zweige wie die Chemische Industrie (91 Prozent nach zuvor 96 Prozent), Glas-, Keramik und Steineverarbeitung (92 Prozent nach zuvor 98 Prozent) und auch die Papierindustrie (89 Prozent nach zuvor 97 Prozent) in weiter steigenden Kostenbelastungen bei Gas, Öl und Strom ein herausgehobenes Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung sehen. Stark steigende Erzeugerpreise lassen auch die Nahrungs- und Futtermittelindustrie weiterhin sorgenvoll auf die Preisentwicklung für ihre Vorprodukte blicken (93 Prozent nach zuvor 97 Prozent).

Der überwiegenden Zahl der Bauunternehmen machen Preissteigerungen ebenso zu schaffen, hier belasten neben der Energie insbesondere bestehende Engpässe bei Glas, Stahl oder Bitumen die Erwartungen. Auch wenn etwas weniger Unternehmen die Preise als Risiko benennen als im Herbst, bleibt es das größte Risiko (79 nach zuvor 90 Prozent). Die Energie- und Rohstoffpreise werden ebenso von den Handels- und Dienstleistungsunternehmen an erster Stelle bei den Risiken genannt (75 nach zuvor 85 Prozent bzw. 64 nach zuvor 74 Prozent).

TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeithoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	85 (93) Energie- und Rohstoffpreise	79 (90) Energie- und Rohstoffpreise	75 (85) Energie- und Rohstoffpreise	64 (74) Energie- und Rohstoffpreise
2.	61 (54) Fachkräftemangel	72 (70) Fachkräftemangel	60 (65) Inlandsnachfrage	61 (58) Fachkräftemangel
3.	51 (51) Arbeitskosten	50 (54) Arbeitskosten	52 (48) Fachkräftemangel	48 (50) Arbeitskosten
4.	51 (56) Inlandsnachfrage	50 (53) Inlandsnachfrage	46 (49) Arbeitskosten	43 (47) Inlandsnachfrage
5.	40 (45) Wirtschaftspolitik	37 (44) Wirtschaftspolitik	43 (46) Wirtschaftspolitik	41 (47) Wirtschaftspolitik

Der **Fachkräftemangel** wird von 60 Prozent der Unternehmen und damit häufiger als im Herbst 2022 (56 Prozent) als Geschäftsrisiko genannt. Selbst in der aktuellen Krise ist der Fachkräftemangel nach Einschätzung der Betriebe das zweitgrößte Geschäftsrisiko. Gerade angesichts der demografischen Entwicklung wird das Thema Fachkräfte eine der wesentlichen strukturellen Herausforderungen für die Unternehmen in Zukunft bleiben. Der Fachkräftemangel erreicht in der Industrie (61 Prozent nach 54 Prozent) ein neues Allzeithoch. Vor allem in Industrieunternehmen, die ihre Investitionen ausweiten wollen, drückt die Sorge vor zu wenig Arbeitskräften (69 Prozent). Auch bei den Investitionsgüterproduzenten hat das Risiko Fachkräftemangel deutlich zugelegt. So sehen sich Betriebe des Maschinenbaus (68 nach zuvor 63 Prozent) und Hersteller von Metallerzeugnissen (65 nach zuvor 55 Prozent) einem deutlich gestiegenen Risiko gegenüber. Im Baugewerbe klagen fast drei Viertel der Unternehmen über Personalnot (72 Prozent nach zuvor 70 Prozent). Selbst im Handel (52 Prozent) ist der Fachkräftemangel mittlerweile auf Platz drei der Risiken für die Geschäftserwartung der kommenden Monate geklettert.

Das Risiko **Arbeitskosten** ist für die Gesamtheit der Unternehmen nur zwei Prozentpunkte von seinem Allzeithoch im Herbst 2022 entfernt und wird von knapp der Hälfte der Unternehmen (49 Prozent nach zuvor 51 Prozent) genannt. In der Industrie (51 Prozent) wird das Risiko so hoch wie noch nie eingeschätzt. Einige Dienstleistungsbranchen mit eher unterdurchschnittlichen Lohnniveaus, die während der Corona-Pandemie viel Personal verloren haben und nun einen hohen Arbeitskräftebedarf haben, benennen die Arbeitskosten besonders häufig als Risiko – etwa in der Sicherheitswirtschaft (73 Prozent) und bei den Reinigungsdiensten (65 Prozent).

Die geopolitische Lage, die Inflationsentwicklung und die Unsicherheit über die weltweite konjunkturelle Entwicklung führen dazu, dass die originär konjunkturellen Risiken auf einem hohen Niveau verbleiben. Knapp die Hälfte aller Unternehmen (48 Prozent nach zuvor 52 Prozent) bereitet die **Inlandsnachfrage** Sorgen. Insbesondere der Handel befürchtet weniger Umsatz im Inland (60 Prozent nach 65 Prozent). Angesichts von zunehmenden Stornierungen von Bauprojekten durch stark steigende Baukosten und vor allem Bauzinsen sieht die Hälfte der Bauunternehmen in der Inlandsnachfrage ein Risiko (50 nach zuvor 53 Prozent). Auch in der Industrie verbleibt die Bewertung des Risikos auf einem hohen Niveau (51 nach zuvor 56 Prozent).

Angesichts eines gebremsten weltweiten Wachstums und der Belastung vieler Auslandsmärkte mit teilweise ebenfalls steigenden Energiekosten sowie hoher Inflation fürchtet ein Drittel der Industrieunternehmen (33 Prozent nach 37 Prozent) eine rückläufige **Auslandsnachfrage**. Die Reaktionen der Zentralbanken in wichtigen Währungsräumen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Wechselkurse haben zu einer Entspannung beim Wechselkursrisiko geführt (sechs nach zuvor elf Prozent). 41 Prozent aller Unternehmen nennen die **Wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** als Geschäftsrisiko (nach zuvor 46 Prozent). Insbesondere Bürokratie, Energie, Inflation, Krieg und Steuern werden als Risiken genannt.

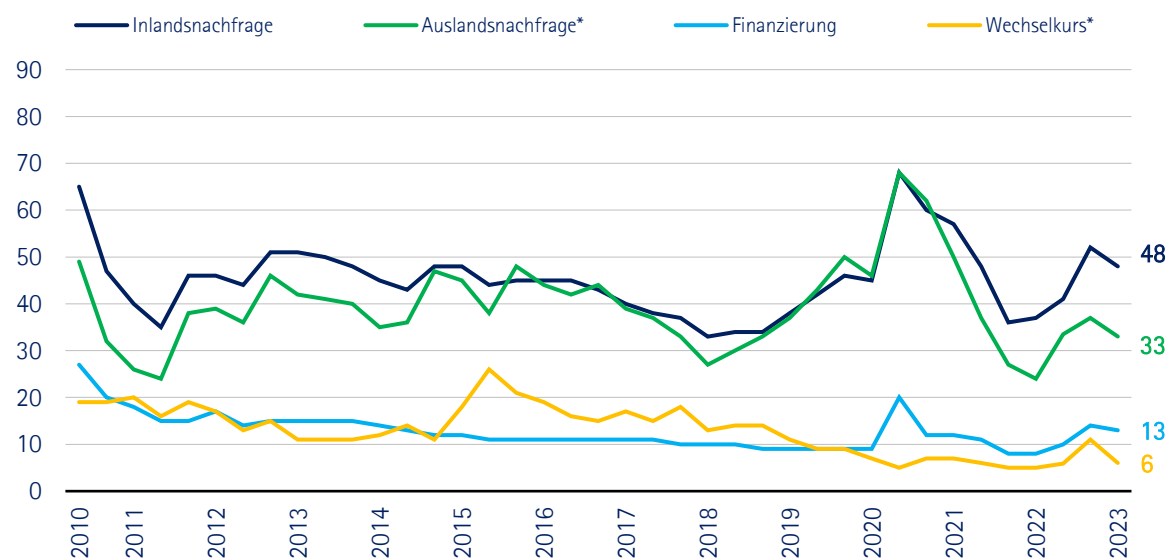
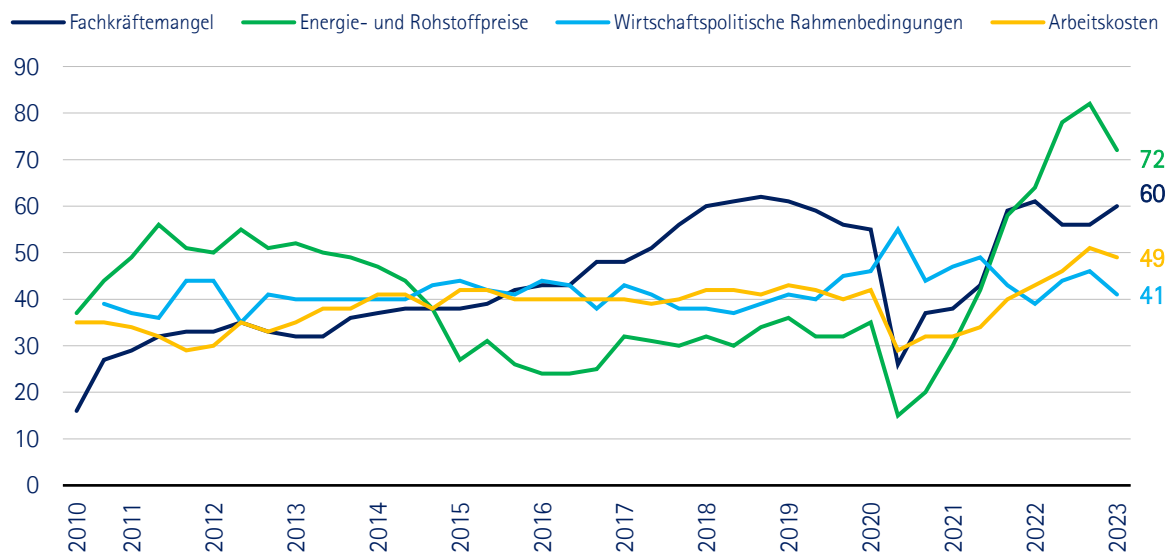
Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken
(Auswertung von 5.440 Freitextantworten)



Während in Gesamtwirtschaft die Risikoeinschätzung eines erschwerten Zugangs zu **Finanzierung** mit 13 Prozent nach zuvor 14 Prozent moderater ausfällt, sehen sich einige Dienstleistungsbereiche vor besonderen Herausforderungen bei der Finanzierung ihrer Vorhaben. Dazu gehören die Unternehmen aus dem Bereich Energieversorgung (32 Prozent nach zuvor 37 Prozent), aber noch einmal stärker als im Herbst 2022 die Immobilienwirtschaft (38 nach zuvor 37 Prozent).

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie

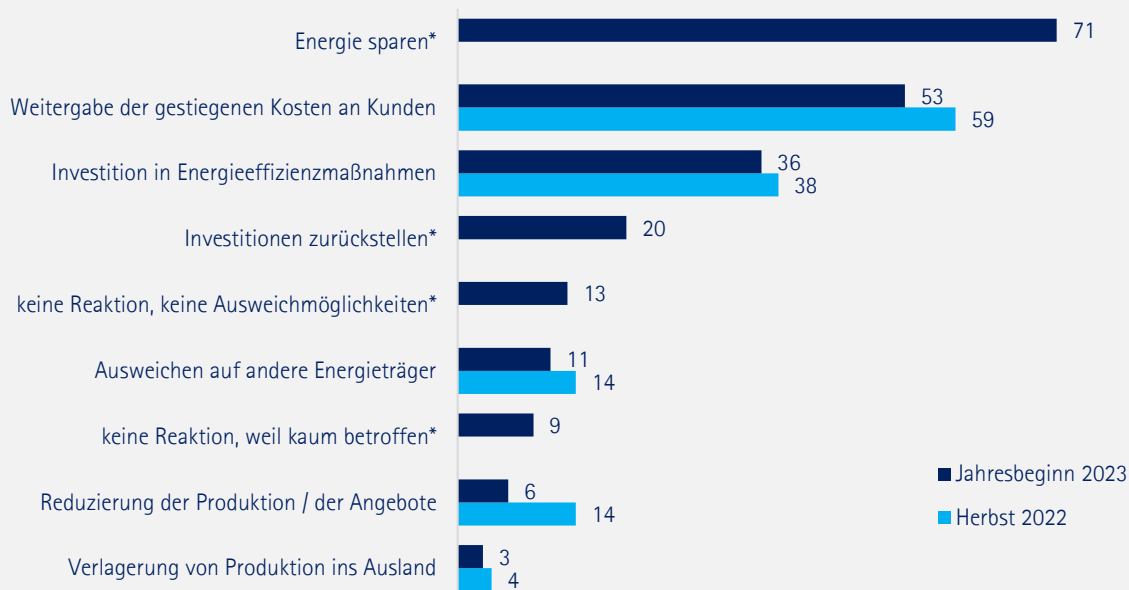


Wie reagieren Unternehmen auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise?

Die Erzeugerpreise für Energie haben im September 2022 ihren Hochpunkt erreicht. Seitdem sind sie wieder gesunken, liegen aber immer noch rund das Fünffache über dem Vorkrisenniveau. Seit dem Frühsommer 2021 stellen die Energie- und Rohstoffpreise in der Industrie das größte Geschäftsrisiko dar. Die Kostensituation bleibt drückend. Zuletzt gaben 72 Prozent aller Unternehmen und 85 Prozent der Industriebetriebe Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko an. Deswegen wurde in der Herbstkonjunkturumfrage 2022 und der Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn 2023 in einer Sonderfrage erhoben, wie die Unternehmen auf die gestiegenen Strom-, Gas-, und Kraftstoffpreise reagieren. Ein Vergleich zur Vorumfrage ist allerdings nicht bei allen Antwortoptionen möglich, da neue Antwortmöglichkeiten hinzugekommen sind:

Wie reagieren Sie auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise?

(Mehrfachnennung möglich, in Prozent, * in der Vorumfrage nicht abgefragt)



Die am häufigsten genannte Reaktion ist **Energie sparen**. Besonders in der Industrie (77 Prozent) und bei den Händlern (75 Prozent) bemühen sich die Betriebe um Einsparungen. Bei Dienstleistern (69 Prozent) und im Bau (58 Prozent) ist das etwas seltener möglich.

Über die Hälfte der Unternehmen (53 Prozent nach zuvor 59 Prozent) wollen ihre **gestiegenen Energiekosten zum Großteil an ihre Kunden weitergeben**. Am häufigsten nennen dies Industrie- und Baubetriebe (70 Prozent nach zuvor 73 Prozent bzw. 62 Prozent nach zuvor 72 Prozent). Etwas seltener kommt das für Unternehmen aus Handel oder dem Dienstleistungssektor in Frage (47 Prozent nach zuvor 58 Prozent bzw. 45 Prozent nach zuvor 50 Prozent).

Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen sind für ein gutes Drittel der Unternehmen (36 Prozent nach zuvor 38 Prozent) eine Option. In der Industrie nennt jedes zweite Unternehmen dies als Reaktion (52 Prozent nach zuvor 50 Prozent). In den anderen Sektoren sind es hingegen nur rund ein Viertel bis ein Drittel (Handel: 34 Prozent nach zuvor 37 Prozent; Dienstleistungen: 31 Prozent nach zuvor 32 Prozent; Bau 26 Prozent nach zuvor 27 Prozent).

Ein Fünftel der Bau- und Industrieunternehmen muss aufgrund der Energiepreise **Investitionen zurückstellen**. Etwas mehr sind es im Handel (22 Prozent), etwas weniger im Dienstleistungssektor (19 Prozent).

Keine Reaktion mangels Ausweichmöglichkeiten sehen 13 Prozent der Unternehmen. Insbesondere 18 Prozent der Baubetriebe sehen für sich keine alternativen Handlungsoptionen. In der Industrie sind es nur neun Prozent, im Handel und bei Dienstleistern sind es 15 Prozent.

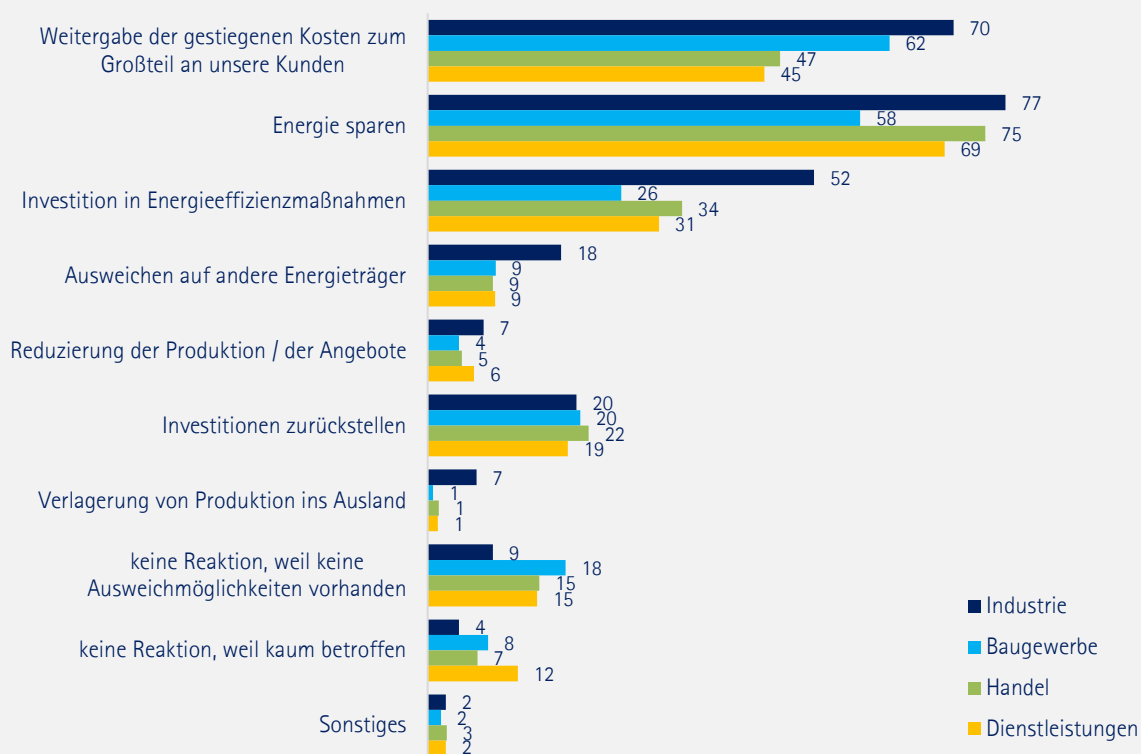
Insgesamt weichen elf Prozent (nach zuvor 14 Prozent) der Unternehmen auf andere Energieträger aus. Das ist überdurchschnittlich häufig in der Industrie der Fall, wo knapp ein Fünftel (18 Prozent nach zuvor 21 Prozent) der Unternehmen **auf andere Energieformen umsteigen** wollen. In den anderen drei Sektoren sind es jeweils neun Prozent nach jeweils zehn Prozent in der Vorumfrage.

Mit einer **Reduzierung ihrer Produktion oder ihrer Angebote** reagieren mit sechs Prozent deutlich weniger Unternehmen als noch im Herbst 2022 (14 Prozent). Leicht überdurchschnittlich ist hier noch die Industrie (sieben Prozent nach zuvor 17 Prozent). Betroffen sind dabei insbesondere die Vorleistungsgüterhersteller sowie die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (zehn Prozent nach zuvor 21 Prozent bzw. zehn Prozent nach zuvor 18 Prozent).

Sieben Prozent der Industrieunternehmen (nach zuvor acht Prozent) wollen ihre **Produktion aufgrund der gestiegenen Kosten verlagern**. Heraus stechen dabei einzelne Branchen, wie beispielsweise die Hersteller von Kfz-Zubehör (14 Prozent nach zuvor 19 Prozent). In den anderen Sektoren sind es deutlich weniger, da eine Produktionsverlagerung technisch oftmals nicht möglich ist. In Handel, Baugewerbe und Dienstleistungssektor nennen nur ein Prozent Verlagerungen.

Wie reagieren die Unternehmen auf die hohen Strom-, Gas- und Kraftstoffpreise?

(in Prozent, Mehrfachantworten sind möglich)



Exporterwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate

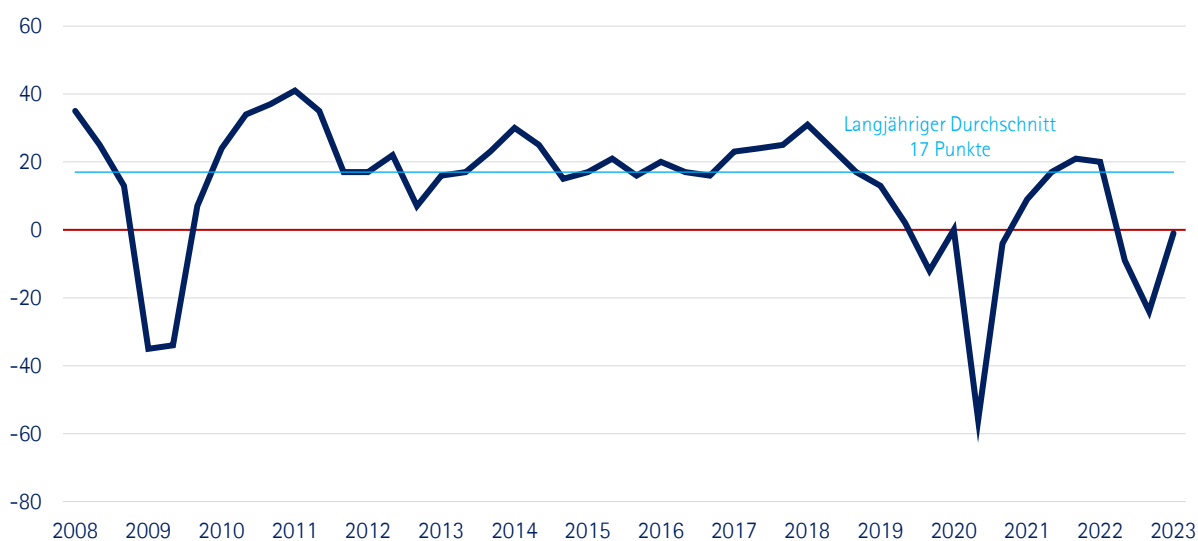
Hohe Inflationsraten und eine restriktive Geldpolitik in großen Volkswirtschaften sowie geopolitische Risiken haben die Weltkonjunktur abkühlen lassen. Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung in wichtigen Absatzmärkten im Jahr 2023 ist groß. In den USA und der Eurozone wirken die Leitzinsanhebungen der Notenbanken Fed und EZB dämpfend. In China bergen hohe Infektionsraten nach Aufhebung der Null-Covid-Politik die Gefahr von Produktionsausfällen und damit verbundenen Störungen in globalen Lieferketten, die sich in den letzten Monaten deutlich abgebaut hatten. Zudem stellen ein weiterhin niedriges Konsumniveau und die bestehende Schwäche des Immobiliensektors weitere Herausforderungen bei Deutschlands wichtigstem Handelspartner China dar. Auch wenn die Energiepreise zuletzt nachgelassen haben, lasten die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten zudem weiterhin auf der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen.

Trotz der fortbestehenden Unsicherheiten hat sich die deutsche Außenwirtschaft stabiler entwickelt, als noch in der Vorumfrage zu erwarten war. Die Exporterwartungen der Unternehmen hellen sich zum Jahresbeginn auf, die pessimistischen Stimmen bleiben aber leicht in der Überzahl. Über ein Fünftel der Unternehmen (23 Prozent nach zuvor 16 Prozent) rechnet mit einem Wachstum der Exporte in den kommenden zwölf Monaten, ein knappes Viertel erwartet hingegen rückläufige Ausfuhren (24 Prozent). In der Vorumfrage im Herbst 2022 waren noch 40 Prozent von einem Exportrückgang in ihrem Unternehmen ausgegangen. Der resultierende Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen liegt mit minus einem Punkt noch knapp im negativen Bereich – damit aber weit unter dem langjährigen Schnitt von 17 Punkten.

Oggleich die Auslandsaufträge in den letzten Monaten rückläufig sind, sehen etwas weniger Unternehmen als in der Vorumfrage in einer geringen Auslandsnachfrage ein Geschäftsrisiko – noch gut ein Drittel der Unternehmen (33 Prozent nach zuvor 37 Prozent) nennt diese Sorge.

Das Risiko schwankender Wechselkurse ist von elf Prozent im Herbst 2022 auf sechs Prozent – und damit wieder deutlich unter das Niveau des langjährigen Schnitts (13 Prozent) – gesunken. Nach einem Tiefstand im September 2022 hat der Euro gegenüber dem US-Dollar wieder aufgewertet. Zwar sinkt mit einem stärkeren Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporte in Drittstaaten, ein stabilerer Wechselkurs erhöht allerdings die Planungssicherheit für die Unternehmen, die international Geschäfte abwickeln und dämpft die Preisentwicklung bei Rohstoffen sowie Zulieferungen von außerhalb des Euroraums.

Exporterwartungen der Industrieunternehmen – Saldo in Punkten



Saldo aus höher-Meldungen minus geringer-Meldungen in Punkten

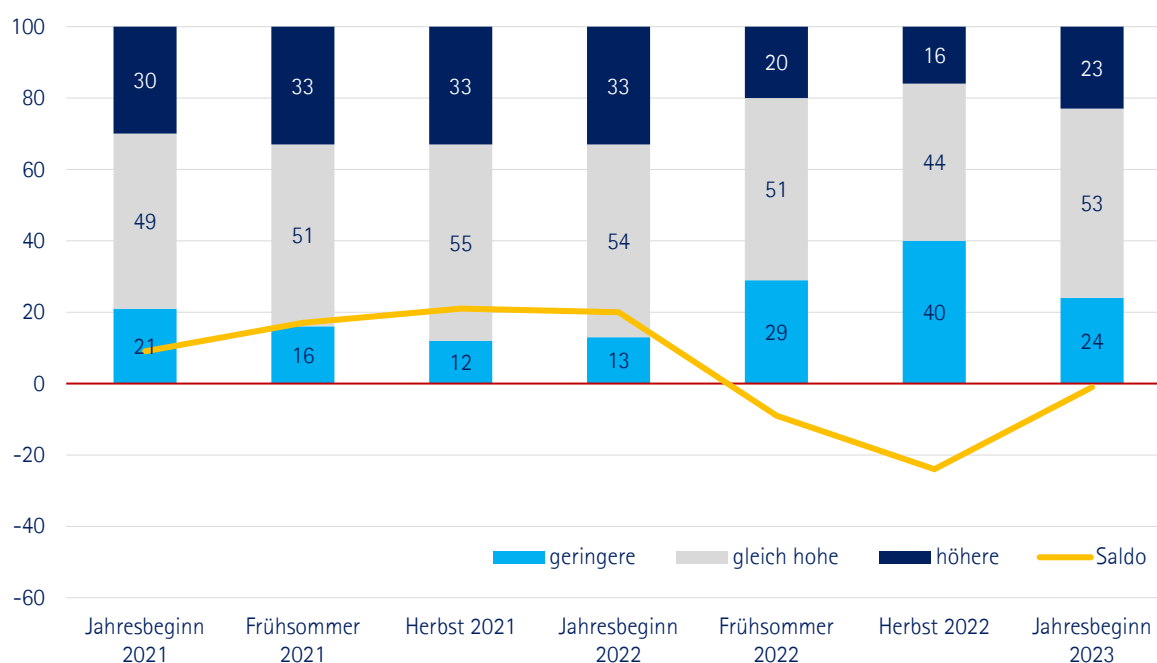
Über alle industriellen Hauptgruppen hinweg verbessern sich die Erwartungen an das Auslandsgeschäft deutlich. Während die Hersteller von Investitionsgütern nun wieder vornehmlich von zunehmenden Exporten ausgehen, überwiegen

bei den Vorleistungsgüterproduzenten sowie den Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten allerdings noch die pessimistischen Unternehmerstimmen.

Wie zuvor sind die **Vorleistungsgüterproduzenten** im Vergleich zu den anderen industriellen Hauptgruppen am pessimistischsten. Die weiterhin hohen Energiepreise stellen für die energieintensiven Unternehmen eine besondere Belastung im internationalen Wettbewerb dar. Ein Fünftel (20 Prozent) der Unternehmen rechnen mit einem Zuwachs ihrer Ausfuhren in den kommenden zwölf Monaten, 28 Prozent erwarten hingegen einen Rückgang. Trotz des weiterhin negativen Ausblicks verbessert sich der Saldo deutlich auf minus acht Punkte (Vorumfrage minus 35 Punkte). Die Metall-erzeugung und -bearbeitungsbetriebe blicken noch immer sorgenvoll auf ihr Auslandsgeschäft: Während mit nur neun Prozent gleichbleibend viele Unternehmen mit einem Plus in den kommenden Monaten rechnen, erwartet fast jeder Dritte (30 Prozent nach zuvor 53 Prozent) ein Minus (Saldo minus 21 Punkte nach zuvor minus 44 Punkten). Auch in der Gummi- und Kunststoffindustrie verharren die Exporterwartungen im negativen Bereich (Saldo minus elf Punkte nach zuvor minus 38 Punkten): 18 Prozent mit höheren Erwartungen stehen 29 Prozent mit geringeren Erwartungen gegenüber.

Unter den **Investitionsgüterproduzenten** überwiegt erstmals seit Beginn des russischen Kriegs in der Ukraine wieder der Anteil der Unternehmen, der mit steigenden Exporten rechnet. Die Unternehmen können von den nachlassenden Störungen in den Lieferketten profitieren und ihren hohen Auftragsbestand abarbeiten. Drei von zehn (30 Prozent) rechnen mit höheren, jedes fünfte Unternehmen (19 Prozent) rechnet mit geringeren Ausfuhren (Saldo elf Punkte nach zuvor minus zehn Punkten). Unter den Maschinenbauern erwarten 30 Prozent höhere und 20 Prozent geringere Ausfuhren (Saldo zehn Punkte nach zuvor minus zwölf Punkten). Die Kraftfahrzeugbauer heben ihre Exporterwartungen bereits das zweite Mal in Folge an: 25 Prozent mit besseren Erwartungen stehen zwölf Prozent mit schlechteren gegenüber (Saldo 13 Punkte nach zuvor minus sieben Punkten). Ähnlich positiv blicken Unternehmen der Elektrotechnik auf ihr Auslandsgeschäft. Gut ein Drittel (34 Prozent) erwartet höhere Ausfuhren, 19 Prozent geringere (Saldo 15 Punkte nach zuvor minus sechs Punkten). Während die Kraftfahrzeugbauer damit beinahe im langjährigen Schnitt von 14 Saldopunkten liegen, sind die Erwartungen der Elektrotechniker noch unter dem Schnitt von 26 Saldopunkten.

Exportserwartungen der Industrieunternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



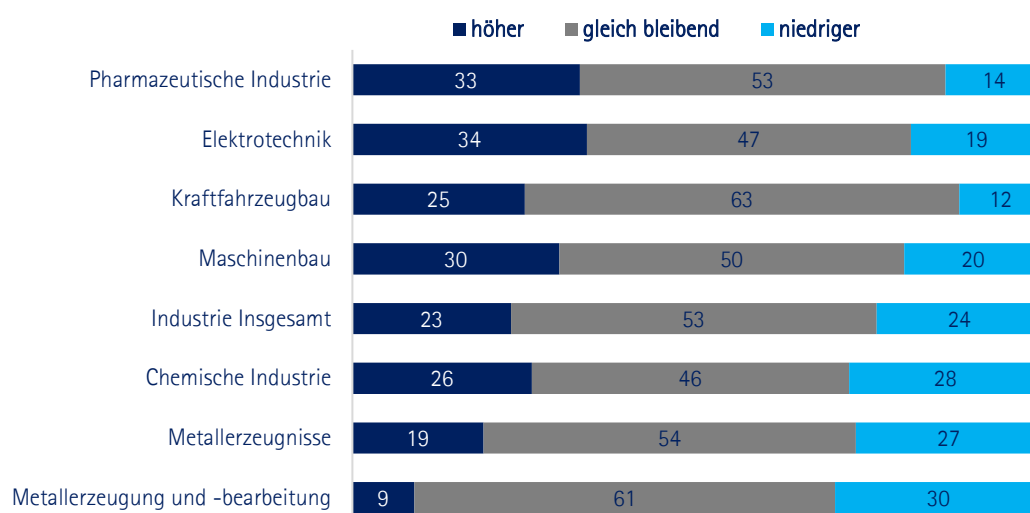
Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten heben ihre Exporterwartungen deutlich an, haben unter dem Schnitt jedoch überwiegend noch einen negativen Ausblick. Weltweit hohe Inflationsraten mindern die Kaufkraft der Konsumenten, das macht sich in diesem Wirtschaftszweig besonders bemerkbar. Ein Fünftel (20 Prozent) erwarten höhere Ausfuhren, 24 Prozent geringere (Saldo minus vier Punkte nach zuvor minus 21 Punkten). Unter dem Strich pessimistischer ist das Ernährungsgewerbe, in dem lediglich 16 Prozent positive, aber 22 Prozent negative Erwartungen haben (Saldo minus

sechs nach zuvor minus 15 Punkten). Im Textil- Leder- und Bekleidungsgewerbe stehen 21 Prozent mit positiven Erwartungen 31 Prozent mit negativen gegenüber (Saldo minus zehn nach zuvor minus 37 Punkten). Überwiegend positiv blicken hingegen die Pharmaunternehmen auf ihre Exportentwicklung: Ein Drittel (33 Prozent) erwarten steigende Ausfuhren, lediglich 14 Prozent sinkende (Saldo 19 Punkte nach zuvor minus fünf Punkten).

Große Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte sind im Größenvergleich am optimistischsten hinsichtlich ihrer Exporte (Saldo 30 Punkte nach zuvor fünf Punkten). Von überwiegend rückläufigen Ausfuhren gehen weiterhin kleine Unternehmen bis 19 Beschäftigte (Saldo minus 15 Punkte nach zuvor minus 35 Punkten) und mittelständische Unternehmen mit 20 bis 199 Beschäftigte (Saldo minus acht Punkte nach zuvor minus 32 Punkten) aus.

Exportexpectationen für die kommenden 12 Monate in ausgewählten Branchen

Anteile in Prozent

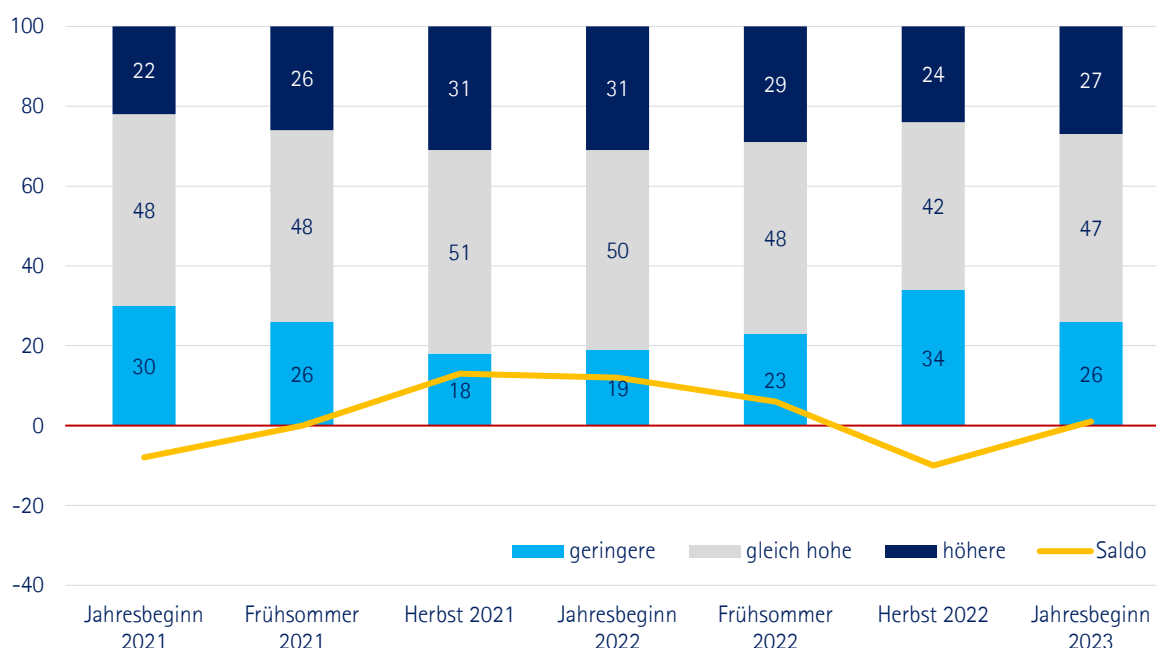


Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Die Verbesserung der Geschäftserwartungen wirkt sich auf die Investitionspläne der Unternehmen aus. Insbesondere wollen nun etwas weniger Unternehmen ihre Investitionen zurückfahren als es noch in der Vorumfrage der Fall war. Allerdings ist die Unsicherheit weiterhin groß. Neben konjunktureller Risiken, wie einer sinkenden Nachfrage im In- und Ausland, drohen auch strukturelle Risiken, wie der Fachkräftemangel oder das hohe Niveau bei Arbeits- und Energiekosten. Zudem sind die Budgets vieler Unternehmen nach wie vor durch hohe Energie-, Material-, Arbeits-, und neuerdings auch Fremdkapitalkosten belastet. Ein Fünftel aller Unternehmen muss aufgrund der hohen Kostenbelastung Investitionen zurückstellen. In der Folge nimmt der Anteil der Unternehmen, die mit steigenden Investitionen in den kommenden zwölf Monaten rechnen, nur geringfügig von 24 Prozent in der Vorumfrage auf 27 Prozent zu. In Deutschland besteht damit weiterhin große Investitionszurückhaltung. Immerhin sinkt der Anteil der Betriebe, die ihre Investitionen verringern müssen von 34 Prozent auf 26 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Investitionsabsichten steigt um zehn auf einen Punkt. Angesichts des Rückstandes bei den Investitionen – im Jahr 2022 lagen die Ausrüstungsinvestitionen nach Angaben des Statistischen Bundesamts immer noch 5,5 Prozent unter dem Vorkrisenniveau – ist damit nicht mit einem Aufholen bei den Investitionen zu rechnen.

Je trüber die Geschäftserwartungen sind, desto zurückhaltender zeigen sich die Unternehmen bei ihren Investitionsplanungen. Dies spiegelt sich besonders im **Baugewerbe** wider – der Branche mit den pessimistischsten Aussichten. Zwar ist auch hier im Vergleich zum Herbst 2022 eine leichte Stabilisierung der Investitionsabsichten zu erkennen. Die Sorge vor einer Baurezession verhindert jedoch eine Ausweitung der Investitionen. Während nur 15 Prozent (nach zuvor 14 Prozent) der Bauunternehmen ihre Investitionsbudgets erhöhen wollen, planen mit 32 Prozent (nach zuvor 42 Prozent) mehr als doppelt so viele mit Kürzungen. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt um elf auf lediglich minus 17 Punkte.

Investitionsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

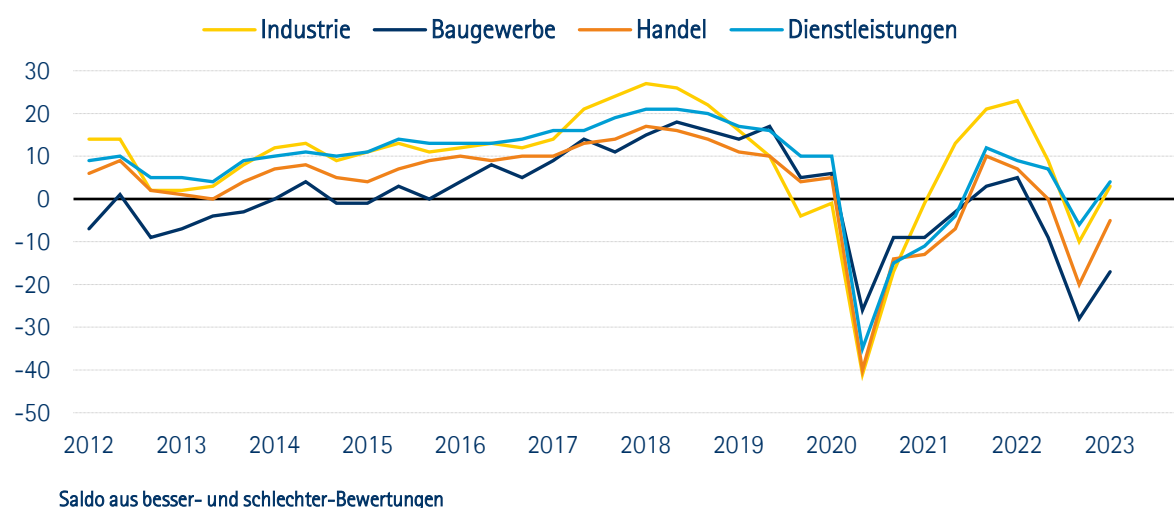


Eine Stabilisierung der Investitionen zeigt sich in der **Industrie**, wo auch die Geschäftsaussichten nicht mehr so düster sind wie noch in der Vorumfrage. Der Anteil der Industriebetriebe, die ihre Investitionsbudgets zusammenstreichen wollen, sinkt von gut einem Drittel (35 Prozent) auf gut ein Viertel (27 Prozent), hingegen nimmt der Anteil derer, die in den kommenden zwölf Monaten mehr investieren wollen, um fünf Prozentpunkte auf 30 Prozent zu. Der Saldo der Investitionsabsichten dreht damit knapp in den positiven Bereich und steigt um 13 auf drei Punkte. Dabei planen die Hersteller von Investitionsgütern deutlich expansiver (Saldo von acht Punkten nach zuvor minus fünf Punkten) als die Vorleistungsgüterproduzenten (Saldo von minus einem Punkt nach zuvor minus 14 Punkten) oder die Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (Saldo von minus drei nach zuvor minus 16 Punkten).

Die Investitionspläne der **Händler** spiegeln die weiterhin negativen Geschäftsperspektiven und die Sorge vor Konsumzurückhaltung der Verbraucher als Folge der gestiegenen Preise wider. Der Anteil der Handelsunternehmen, die ihre Investitionsbudgets erhöhen steigt nur geringfügig um vier Prozentpunkte auf 25 Prozent. Immerhin nimmt auch der Anteil der Unternehmen die Streichungen vornehmen wollen, von 41 Prozent auf 30 Prozent ab. Damit plant der Handel insgesamt mit geringeren Investitionen (Saldo von minus fünf nach zuvor minus 20 Punkten).

Im **Dienstleistungssektor** stabilisieren sich die Investitionen auf einem durchschnittlichen Niveau. Über ein Viertel der Unternehmen (27 Prozent nach zuvor 24 Prozent) plant mit einer Erhöhung der Investitionsbudgets. Knapp unter einem Viertel (23 Prozent nach zuvor 31 Prozent) will Kürzungen vornehmen. Insgesamt dreht der Saldo der Investitionspläne um zehn Punkte ins Positive auf einen Wert von vier Punkten (Durchschnitt: fünf Punkte). Insbesondere bei in den Dienstleistungsbereichen mit überdurchschnittlichen Geschäftserwartungen nehmen die Investitionen tendenziell zu. So überwiegen sowohl bei den Unternehmen der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (Saldo von 15 nach zuvor null Punkten) und den überwiegend Unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Saldo von sechs nach zuvor minus vier Punkten) die Betriebe mit expansiven Investitionsplänen. Im Gastgewerbe hingegen, wo die Geschäftserwartungen weiterhin trübe und die Finanzlage angespannt ist, ändern sich die Investitionsabsichten kaum (Saldo von minus fünf nach zuvor minus neun Punkten).

Investitionsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten



Beim Blick in die **Investitionsmotive** zeigt sich die nach wie vor große Unsicherheit und Vorsicht der Unternehmen. Die Geschäftserwartungen deuten nicht auf einen Aufschwung hin. Wie auch im Herbst 2022 dominieren Motive, die auf Substanzerhaltung ausgerichtet sind. Motive, die auf Expansion und Wachstum hindeuten nehmen nur zögerlich zu. Besonders in der Industrie spielen die Energiepreise eine große Rolle bei den Investitionen: Über die Hälfte der Unternehmen (52 Prozent) wollen dort wegen der hohen Preise in mehr Energieeffizienz investieren, ein Fünftel (18 Prozent) plant den Umstieg auf alternative Energieträger.

Ersatzbedarf ist das weiterhin am häufigsten genannte Investitionsmotiv (65 Prozent nach zuvor 64 Prozent). Darunter fallen auch Maßnahmen im Rahmen des „Fuel Switches“, zum Beispiel ein Wechsel von gasbefeuerten Anlagen auf alternative Energieträger wie Öl und Kohle oder der Ersatz von energieverbrauchenden Geräten durch effizientere Anlagen. An zweiter Stelle kommen Investitionen zur **Rationalisierung**, allerdings nimmt die Bedeutung zu Jahresbeginn ab (31 Prozent nach zuvor 33 Prozent). In der Industrie erreicht das Motiv mit 41 Prozent (nach zuvor 42 Prozent) ein Allzeittief.

Die Unternehmen planen derzeit nur eine minimale Ausweitung der Produktion. Zwar wollen nur noch sechs Prozent und damit deutlich weniger als im Herbst (14 Prozent) ihre Produktion oder Angebote aufgrund der hohen Energiepreise einschränken. Allerdings steigt das Motiv **Kapazitätserweiterung**, also der Auf- und Ausbau von Produktion in Deutschland, nur um einen Prozentpunkt auf 23 Prozent. Der Wert liegt damit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von 27 Prozent. In der Industrie bleibt das Motiv mit 28 Prozent konstant und ebenfalls unter dem langjährigen Schnitt von 31 Prozent.

Auch **Innovationsprojekte** nehmen von niedrigem Niveau kommen wieder zu. Mit 28 Prozent geben nur unwesentlich mehr Unternehmen als im Herbst (26 Prozent) an, in Produktinnovation investieren zu wollen. Im Dienstleistungsbereich steigt dieses Motiv immerhin um drei Prozentpunkte.

Das Investitionsmotiv des **Umweltschutzes** bleibt wie auch in der Vorumfrage auf einem Allzeithoch und wird von 29 Prozent der Unternehmen genannt. Zwar binden die hohen Energiepreise und die damit verbundene fehlende kalkulations- und Kapitalbasis Investitionen in zusätzliche Umweltschutzmaßnahmen und verhindern somit größere Sprünge bei diesem Investitionsmotiv, jedoch haben Unternehmen an der Notwendigkeit des Umwelt- und Klimaschutzes auch in der aktuellen Lage keine Zweifel. Dies gilt insbesondere in der Industrie, wo die Bedeutung des Umweltschutzes bei 37 Prozent bleibt.

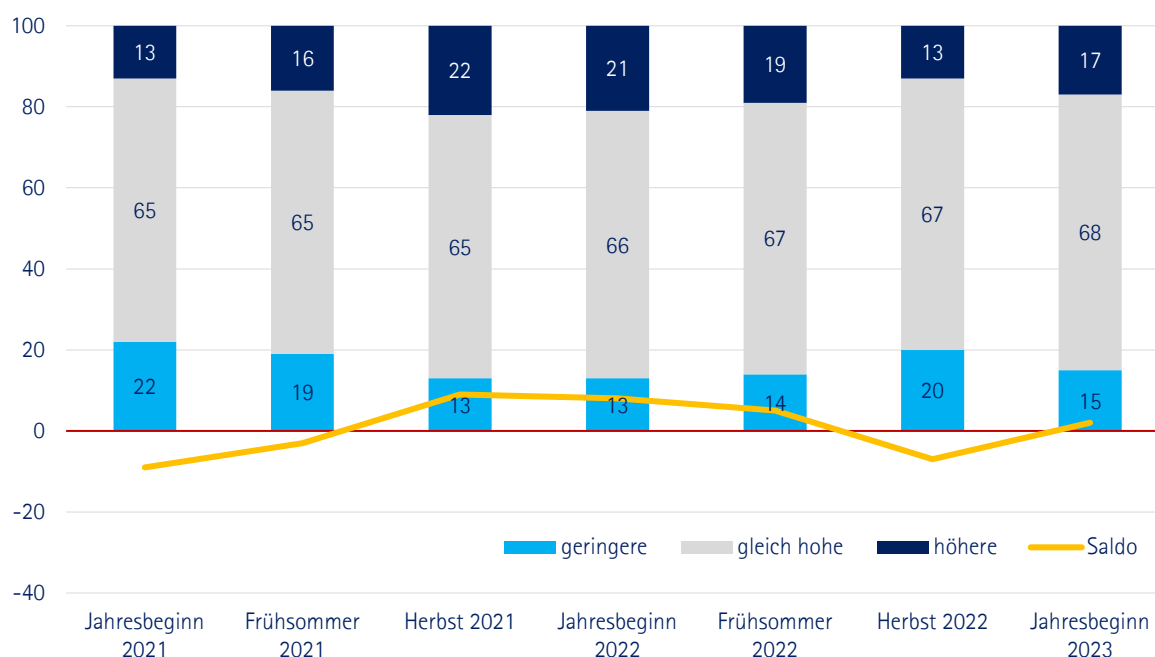
Hauptmotive für Investitionen im Inland (in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage):

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	31 (33)	28 (26)	23 (22)	29 (29)	65 (64)
Industrie	41 (42)	31 (29)	28 (28)	37 (37)	65 (62)
Baugewerbe	24 (25)	18 (17)	16 (15)	23 (24)	79 (78)
Handel	31 (31)	24 (23)	21 (20)	25 (25)	64 (61)
Dienstleistungen	27 (29)	29 (26)	21 (20)	26 (26)	64 (64)

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Der schwindende Pessimismus bei den Geschäftserwartungen zeigt sich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen. Weiterhin bereitet vielen Betrieben die Nachfragesituation Sorgen und begrenzen steigende Arbeitskosten die Möglichkeiten vieler Unternehmen. Allerdings sind viele auch gezwungen, aufgrund des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels ihre Lücken im Personalbestand aufzufüllen. Insgesamt planen nach dem merklichen Rückgang in der Herbstumfrage wieder mehr Unternehmen mit einem Personalaufbau in den nächsten zwölf Monaten (17 Prozent nach zuvor 13 Prozent). Jedes sechste Unternehmen (15 Prozent) rechnet mit einer geringeren künftigen Mitarbeiterzahl – im Herbst 2022 waren es noch 20 Prozent. Als Folge erholt sich der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsabsichten um neun Punkte auf zwei Punkte. Damit ist der Saldo wieder über dem langjährigen Durchschnitt von null Punkten geklettert.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Anteile in Prozent, Saldo in Punkten



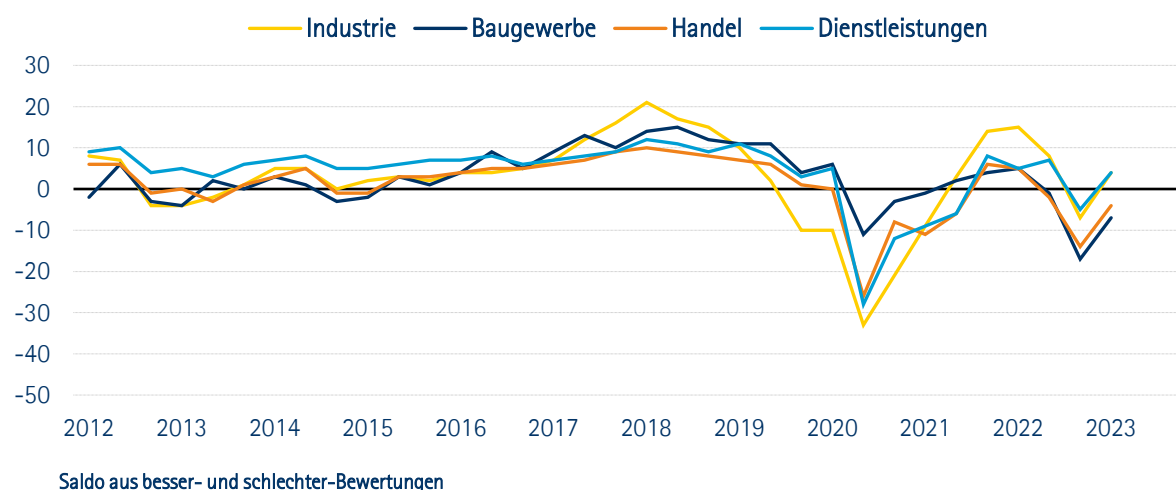
Zwar sind die hohen Energiepreise und Arbeitskosten weiter eine Belastung für die **Industrie**, gleichwohl wirken weniger düstere Geschäfts- und Exporterwartungen sich positiv auf die Beschäftigungspläne aus. Hinzu kommt der demografisch bedingte Fachkräftemangel, der in der Industrie Rekordstände erreicht und es bereits jetzt erschwert, Beschäftigte zu ersetzen, die in Rente gehen. Entsprechend ist fast jeder fünfte Industriebetrieb (19 Prozent nach 15 Prozent) bestrebt, die Beschäftigtenzahl in den kommenden zwölf Monaten zu erhöhen. 15 Prozent (nach zuvor 22 Prozent) rechnen mit weniger Beschäftigten. Der Saldo steigt um elf auf vier Punkte. Angesichts eines verhaltenen Optimismus beim Exportgeschäft suchen insbesondere Investitionsgüterproduzenten im Vergleich zum Herbst 2022 mehr Personal. Der Saldo der Beschäftigungserwartungen steigt von zwei auf jetzt 15 Punkte. Positiv hervor stechen besonders Elektrotechnikunternehmen (Saldo von 21 nach zuvor elf Punkten), der Maschinenbau (Saldo von minus 17 nach zuvor sieben Punkten) sowie medizintechnische Betriebe (Saldo von 16 nach zuvor minus 14 Punkten) hervor. Deutlich weniger expansiv sind die Beschäftigungspläne der Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten. Hier herrscht immer noch Sorge vor einer sinkenden Inlandsnachfrage (60 Prozent) und sind auch die Geschäftsaussichten insgesamt unterdurchschnittlich im Vergleich zur gesamten Industrie. Entsprechend steigt der Saldo der Beschäftigungsabsichten hier lediglich auf minus sechs nach zuvor minus 14 Punkten.

Mit der besseren Planbarkeit der Energieversorgung zum Jahresbeginn 2023 haben die Unternehmen aus den energieintensiven Branchen zunächst die Talsohle bei ihren Geschäftserwartungen hinter sich gelassen. Insbesondere Unternehmen der Metallerzeugung- und -bearbeitung rechnen sogar überwiegend wieder mit einem Personalaufbau (Saldo von fünf nach zuvor minus acht Punkten). In der sehr bedeutenden Chemischen Industrie gehen nun deutlich weniger Unternehmen von einem Personalabbau aus (Saldo von minus einem Punkt nach zuvor minus 15 Punkten). Der Saldo bleibt jedoch negativ.

Die allgemeine Stabilisierung der Geschäftserwartungen schlägt sich auch in den Beschäftigungsabsichten im **Baugewerbe** nieder. Zudem müssen die Betriebe ihre demografisch bedingten Personallücken füllen. Allerdings bleibt die Einstellungsbereitschaft im Bau wegen der schlechten Baukonjunktur insgesamt pessimistisch: Fast jeder Fünfte Betrieb (19 Prozent nach zuvor 24 Prozent) rechnet mit weniger Beschäftigten, zwölf Prozent (nach zuvor sieben Prozent) planen mit einem Zuwachs. Der Saldo erhöht sich um zehn auf minus sieben Punkte. Besonders Hochbau und Tiefbau sorgen sich angesichts der hohen Baupreise und Zinsen um Neuaufträge. Entsprechend sind hier die Beschäftigungsabsichten noch etwas verhaltener (Hochbau Saldo von minus zehn nach zuvor minus 18 Punkten; Tiefbau Saldo von minus zehn nach zuvor minus zwölf Punkten) als im Ausbaugewerbe. Aufgrund eines weiterhin hohen Bedarfs etwa an energetischen Sanierungen sind die Beschäftigungserwartungen der Betriebe dort etwas besser (Saldo von minus fünf nach zuvor minus 16 Punkten).

Auch im **Handel** sind die Beschäftigungspläne durchgewachsen. Zwar nimmt auch dort der Fachkräftemangel wieder leicht zu. Allerdings bremsen nicht nur die Angst vor Konsumzurückhaltung der Verbraucher, sondern auch Arbeitskosten die Beschäftigungsabsichten. 16 Prozent der Händler planen mit weniger Beschäftigten – verglichen mit dem Herbst 2022 ein etwas geringerer Wert (22 Prozent). Dem gegenüber stehen zwölf Prozent der Betriebe, die von einem Beschäftigungsaufbau ausgehen. Der Saldo klettert um zehn auf minus vier Punkte. Dabei rechnen Einzelhandelsunternehmen im Schnitt mit etwas weniger Beschäftigten (Saldo von minus acht nach zuvor minus 17 Punkten) als die Großhändler (Saldo von minus einem Punkt nach zuvor minus elf Punkten).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen – Saldo in Punkten



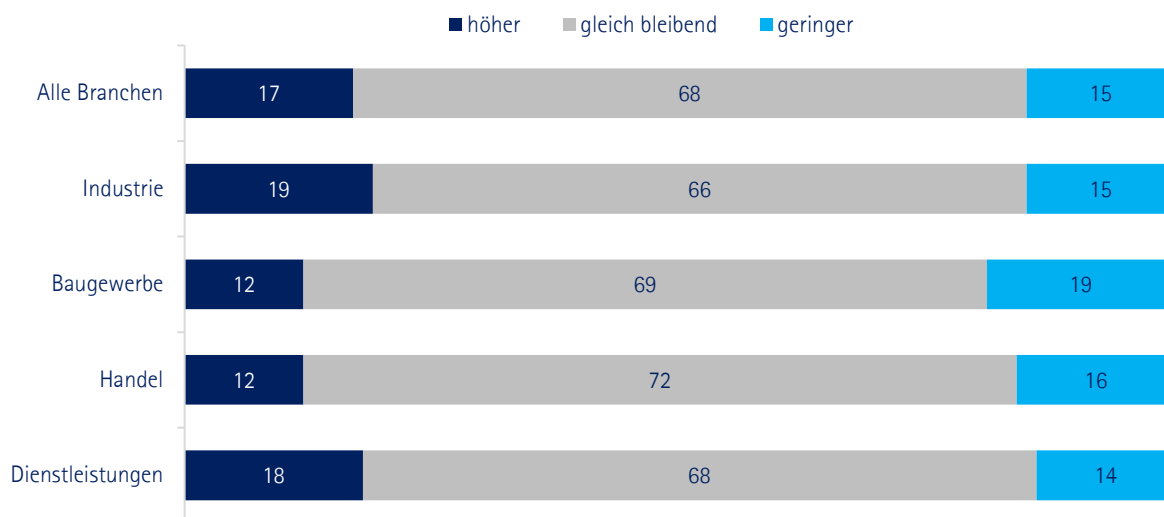
Zu Jahresbeginn kehrt wieder etwas Optimismus in den **Dienstleistungssektor** zurück. Neben den Unternehmen, die mit einem Beschäftigungsaufbau rechnen (18 Prozent nach zuvor 14 Prozent), überwiegen knapp die Betriebe, die von einem Rückgang ausgehen (14 Prozent nach zuvor 19 Prozent). Der Saldo der Beschäftigungsabsichten steigt von minus fünf auf vier Punkte. Gleichwohl wirken sich die vielfachen wirtschaftlichen Herausforderungen unterschiedlich auf den sehr heterogenen Sektor aus: Im Gastgewerbe beispielsweise fehlen noch immer zahlreiche Beschäftigte, die während der Corona-Pandemie die Branche verlassen haben. Gleichzeitig drücken die Arbeitskosten, die sowohl mit der Anhebung des Mindestlohns als auch aufgrund des Fachkräftemangels gestiegen sind, die Einstellungsbereitschaft. Hinzu kommt die Sorge vor einem Nachfragerückgang. Insgesamt steigt der Saldo der Beschäftigungsabsichten im Gastgewerbe um 14 auf minus einen Punkt. Die ebenfalls von der Pandemie betroffenen Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter wollen ihr Personal wieder kräftig ausbauen und Personallücken füllen. Angesichts der Stabilisierung der Aussichten in der Industrie ist hier die Angst vor einem Nachfrageeinbruch deutlich zurückgegangen (von 62 Prozent im Herbst auf aktuell 44 Prozent). Konkret erreicht der Saldo bei den Beschäftigungsplänen einen Wert von 22 Punkten nach zwölf Punkten im Herbst 2022.

Der im Vergleich zum Herbst 2022 zunehmende Optimismus in der Industrie strahlt auch positiv auf die Beschäftigungspläne unternehmensnaher Dienstleister aus. Die eng mit der Investitionstätigkeit der Industrie verknüpften Unternehmen aus Forschung und Entwicklung planen wieder mit deutlich mehr Personal (Saldo von zwölf nach zuvor

zwei Punkten). Die bessere Planbarkeit in der industriellen Fertigung führt auch dazu, dass in der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften wieder Personal gesucht wird. Der Saldo steigt kräftig um 33 auf 13 Punkte und liegt damit wieder deutlich im positiven Bereich. Die Stabilisierung der Investitionsabsichten der Unternehmen führt auch bei IT-Dienstleistern (Saldo von 27 nach zuvor 18 Punkten) zu steigenden Beschäftigungserwartungen. Trotz der angespannten Gesamtsituation im Baugewerbe wird in Architektur- und Ingenieurbüros aufgrund des steigenden Fachkräftemangels deutlich mehr Personal gesucht als noch im Herbst 2022. Der Saldo steigt von sieben auf 19 Punkte. Das liegt deutlich über dem langjährigen Schnitt (Saldo von 15 Punkten).

Beschäftigungsabsichten in den kommenden 12 Monaten nach Sektoren

Anteile in Prozent



DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2021	2022	DIHK-Prognose 2023
BIP	2,6%	1,8%	0,0%
Private Konsumausgaben	0,4%	4,6%	1,0%
Konsumausgaben des Staates	3,8%	1,1%	0,0%
Bruttoanlageinvestitionen	1,2%	0,2%	-1,1%
– Ausrüstungen	3,5%	2,5%	0,0%
– sonstige Anlagen	1,0%	2,1%	1,5%
– Bauten	0,0%	-1,6%	-2,5%
Export (Waren und Dienstleistungen)	9,7%	3,2%	2,5%
Import (Waren und Dienstleistungen)	3,2%	6,7%	3,0%
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+65	+589	+50
Verbraucherpreise	3,1%	7,9%	6,0%